

Volkswacht

für Schlesien · Organ für die weite

Heute 20 Uhr
alles in die
Heilmann-
Kundgebung

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Mathiasstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0.45 Reichsmark, monatlich 1.35 Reichsmark + 35 Pfennig Trägerlohn = 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Mill. Text 70 Pf. Familienanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen 5 Pf. Kleinere Anzeigen müssen bis vormittags 11 abgegeben werden. — Postfachkonto: Breslau 588.

12 Pf. Anzeigen unter Sammlungs- und Wohnungsanzeigen für die nächste Nummer in der Flurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle, Postfach 21737 und 21739, Redaktion Nr. 21739, Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zum Rückporto beiliegend

Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Dienstag, den 19. Juli 1932

Nr. 167

Rückzug der Regierung Papen

Sie ist gezwungen, das sechs Wochen verteilte Demonstrationsverbot doch zu erlassen

Amlich wird gemeldet:

Am vergangenen Sonntag ist es wiederum an vielen Orten zu heftigen Zusammenstößen gekommen. In der weit überwiegenden Zahl der Fälle beruhen die Zusammenstöße auf Provokationen und hinterhältigen Überfällen von kommunistischer Seite. (Das ist nicht wahr, Ann. der Red.)

Um die unmittelbare Gefahr neuer Überfälle auf öffentliche Umzüge zu verhindern, hat der Reichsminister des Innern bis auf weiteres auf Grund der Zweiten Verordnung des Reichspräsidenten über politische Versammlungen vom 28. Juni 1932 ein allgemeines Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen erlassen.

Die Reichsregierung ist entschlossen, alle Maßnahmen zu treffen, um Leib und Leben der Staatsbürger gegen weitere Angriffe zu sichern und die freie politische Betätigung zu sichern. Sie erwartet von allen Teilen des Volkes, die auf dem Boden des Rechts stehen, Ruhe und Besonnenheit. Nur dann kann den bewussten Provokateuren blutiger Auseinandersetzungen wirksam das Handwerk gelegt werden. (Schöne Medien! Ann. der Red.) In unseren Augen sind die bewussten Provokateure blutiger Auseinandersetzungen, wie es in der amtlichen Berichterstattung heißt, die SA-Führer. Sie tragen auch an den blutigen Auseinandersetzungen des letzten Sonntags mindestens ebensoviel Schuld wie andere Provokateure. Solange die Regierung der Nazi-Barone das nicht einseht und daraus nicht die erforderlichen Schlussfolgerungen zieht, werden Ruhe und Ordnung, wie sie vor der Wiederaufhebung der Braunhemden bestanden, wohl kaum wieder hergestellt werden.

Ausführungsverordnung Preußens

Amlich wird mitgeteilt: Durch Verordnung des Reichsministers des Innern vom 18. Juli sind bis auf weiteres Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge verboten. Damit werden auch alle bereits erteilten Genehmigungen für derartige Versammlungen und Aufzüge hinfällig. Versammlungen für solche Veranstaltungen können für den 19. und 20. Juli nicht mehr genehmigt werden, weil die für sie durch Verordnung des Reichsministers des Innern vom 28. Juni 1932 vorgeschriebene Anmeldefrist von mindestens 48 Stunden nicht eingehalten werden kann. Für die spätere Zeit gilt die 48stündige Anmeldefrist.

Die neue Verordnung des Reichsministers des Innern, die das allgemeine Demonstrationsverbot ausspricht, hat folgenden Wortlaut:

§ 1.

Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sind bis auf weiteres verboten.

Das Verbot gilt nicht für Versammlungen unter freiem Himmel, wenn sie in fest umfriedeten, dauernd für Massensammlungen eingerichteten Anlagen stattfinden und ihr Besuch nur gegen Eintrittskarten zugelassen ist. Auf Versammlungen dieser Art findet die Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 28. Juni 1932 Anwendung.

§ 2.

Mit Gefängnis, neben dem auch auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft:

1. wer unter Zuwiderhandlung gegen das Verbot des § 1 eine Versammlung unter freiem Himmel oder einen Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt,
2. wer für eine Versammlung unter freiem Himmel, die nach § 1 verboten ist, den Platz zur Verfügung stellt.

Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark wird bestraft, wer an einer Versammlung unter freiem Himmel oder einem Aufzuge, die nach § 1 verboten sind, teilnimmt.

§ 3.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft. Mit dieser Rechtsverordnung ist für Demonstrationen der alte Rechtszustand hergestellt worden, wie er vor der Verordnung des Reichspräsidenten vom vorigen Monat, die auf Veranlassung der Regierung der Nazi-Barone erlassen wurde, in Preußen seit dem vorigen Jahre bestand. Nur insofern ist eine Verschärfung eingetreten, als auch für die Wahlzeit keine Ausnahmen zugelassen sind, wie sie Preußen einst verfügt hatte.

Die „Bayerische Staatszeitung“ begrüßt den Schritt der Reichsregierung und erklärt es für ehrenvoll, daß sie den Mut gehabt habe, „einen begangenen Fehler einzusehen“ und bestrafe ihn wieder gutzumachen.

Die Reichsregierung wird voraussichtlich am Donnerstag auf Grund des Artikels 48 eine Rechtsverordnung erlassen, in der sehr hohe Strafen gegen den Gebrauch von Schusswaffen und Sprengstoffen bei politischen Zusammenkünften verhängt werden. Weitere

Maßnahmen stehen im Augenblick noch nicht fest. Vor dem Erlass der neuen Rechtsverordnung soll eine Fühlungnahme der Reichsregierung mit den Länderregierungen erfolgen.

Die Totenliste

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ schreibt zum neuen Demonstrationsverbot.

Annähernd 20 Tote und über 100 zum Teil lebensgefährlich Verletzte das ist die Verlustliste des vergangenen Sonntag! Rechnet man die Opfer hinzu, die vor diesem Blutsonntag seit der Wiedergulassung der Braunhemden und der völligen Aufhebung des Demonstrationsverbots verzeichnet werden mußten, so wird annähernd allein die Zahl von 60 Toten erreicht. 60 Tote, weit über 500 Verletzte das ist das Fazit einer Politik, vor der fast sämtliche Länderregierungen und sämtliche republikanischen Parteien eindringlich aber vergeblich gewarnt haben. Die Träger des „neuen Kurzes“ stehen vor den Ergebnissen ihrer Politik. Sie haben eine außerordentlich schwere politische Verantwortung auf sich genommen.

Wer hat uns arbeitslos gemacht?

Als die Sozialdemokratie den Reichsinnenminister bereits vor Wochen auf die Auswirkung seiner Innenpolitik aufmerksam machte, ihn über die Schandthaten faschistischer Horden gegen Republikaner und republikanische Institutionen unterrichtet und schließlich an ihn die Frage richtete, ob er nach alledem den Zeitpunkt für die Aufhebung der Zugeständnisse an die Privatarmee Hitlers nicht für gekommen erachtet, antwortete Herr von Gayl: „Noch nicht!“ In der Zwischenzeit haben die Provokationen der Rotverordnungsjuden weitere Opfer gefordert. Aber immer „noch nicht“ war Herr von Gayl an dem Zeitpunkt zu durchgreifenden Maßnahmen angelangt. Erst nachdem am Sonntag wieder annähernd 20 Tote die Pflaster bedeckten, hat die Regierung der Nazi-Barone eingesehen, daß es so nicht weiter geht. Unter dem Druck der Ereignisse mußte sie handeln und die von ihr gegen den Willen der Mehrzahl der Länderregierungen veranlaßte Demonstrationsfreiheit in ihr Gegenteil verkehren. Die großen Länderregierungen — in Süddeutschland und in Preußen — haben auf Grund ihrer langjährigen politischen Beobachtungen und Erfahrungen am Demonstrationsverbot wie am Unformverbot festgehalten. Sie waren in der Lage, die Folgen des Experiments der Aufhebung vorauszu sehen. Sie haben die Reichsregierung eindringlich genug vor den Folgen gewarnt.

Hitler, Hugenberg und Schacht!

Das Experiment der Regierung Papen ist gründlich zusammengebrochen! In seinem Ende steht die traurige Liste der Opfer des Bürgerkrieges und der Rückzug der Reichsregierung von einem wesentlichen Punkte ihres Programms. Wir sagen laut und vernehmlich: dies staatspolitische Experiment ist viel zu teuer bezahlt worden!

Aber dieser Rückzug der Reichsregierung genügt nicht! Sie hält noch wie vor fest an der Freigabe der Rotverordnungsjuden — und das ist der Schlüssel zum heutigen Situation. Wieder diese Reichsregierung nun endlich erkennen, daß sie von den ersehnten Länderregierungen noch unendlich viel zu lernen hat, und daß deren Ratsschlüsse wertvoller sind als die der Reichsregierung!

Mit dem Zusammenbruch des Experiments aber ist noch mehr zusammengebrochen. Das „neue System“ ist auf das Schwerkriegs erschüttert, während die Rechtfertigung des so hohlerfüllt bekämpften „Systems“ immer härter heranzieht. Denn das „System“, das nicht zuletzt durch den Roman Gesetz bezeichnet ist, konnte nicht jene traurige Liste, die die deutsche Seele heute für die Zukunft zu verfluchen gezwungen ist!

Die Niederlage der Reichsregierung

A. Kr. Die Reichsregierung hat zweifellos eine schwere Niederlage erlitten. Ihre Autorität, die schon vorher sehr gering war, hat durch eigene Schuld einen schweren Stoß erhalten, denn was sie sechs Wochen lang sich zu tun weigerte, obwohl die Länderregierungen und alle Freunde der Ruhe und des Friedens in Deutschland es von ihr verlangten, das hat sie nun doch tun müssen. Ihr Eigeninn ist gebrochen. Die fürchterlichen Zustände, die sich aus der Aufhebung des Demonstrationsverbotes und der Wiedergulassung der SA in Deutschland entwickelt hatten, haben sie dazu gezwungen, auf der ganzen Linie den Rückzug anzutreten. Die Zustände in Deutschland waren zu schlimm geworden, das Blutvergießen war zu stark angewachsen, genau so, wie man es der Reichsregierung vorher gesagt hatte. Die Ereignisse sind über den Willen dieser Regierung, die im Volke nichts hinter sich hat, hinweggegangen. Übrig bleibt eine große Schaar toter und schwerverletzter Volksgenossen und eine schwere Misshandlung der Reichsregierung, deren Regierungskunst auf der ganzen Linie verjagt hat.

Es war aber auch die höchste Zeit, daß die Reichsregierung einlenkte. 99 Tote und 1125 Verletzte allein in der Zeit vom 26. Juni bis 17. Juli zeigen, daß sich unter dem neuen Regime Zustände entwickelt hatten, die zum Himmel schrien, die eine Schande für das deutsche Volk sind. Überall in ganz Deutschland raste der politische Nord. Wir Deutsche waren keine Nation mehr, sondern waren fast zu zwei, mit den Waffen gegeneinander kämpfenden Völkern geworden. Das ist gewiß nicht die Schuld der Anhänger des demokratischen Systems, der Verteidiger der Freiheit. Es ist allein die Schuld jener braunen Horden, die Hitler seit Jahren organisiert, die er seit Jahren mit dem Geist der Gewalt erfüllte, und mit denen er seit Jahren das deutsche Volk terrorisiert hat. Sobald diese Horden wieder gestattet waren, ging der Blutterror erneut los, begannen die Horden ihre alte Blutarbeit wieder. Nur daß sie diesmal auf den energischen Widerstand der Betroffenen stießen und sich wiederholt blutige Köpfe holten. Die Verteidiger der Freiheit und der Arbeiterrechte waren endlich erwacht, sie zeigten sich entschlossen, sich das Gewaltregime der Hitlerbanden nicht länger gefallen zu lassen. Dies muß auch bei der Beurteilung der kommunistischen Gewalttaten in Altona und anderswo im Auge behalten werden, wenn man gerecht sein will, so sehr wir dies auch verurteilen und die Kommunisten ernstlich mahnen, nicht die gleiche Blutschuld auf sich zu laden, die auf den Hitlerbanden lastet. Man dient damit dem Proletariat nicht sondern schadet nur seiner gerechten Sache, denn man gibt der Reaktion damit neue Waffen in die Hand. Außerdem muß jedem echten Sozialisten jedes Menschenleben heilig sein. Gewalt darf erst nur anwenden, wenn es zur Verteidigung seiner selbst und seiner gerechten Sache unerlässlich ist, wenn es gilt, Gewalt, die ihm und ihr angetan wird, abzuwehren. Deshalb hat sich auch niemand, der ein ehrlicher Anhänger der Freiheit und Demokratie, besonders der ein Sozialist ist, über die Verluste gefreut, die die S. A. in diesem Kampfe erlitt. Nein, dem ganzen standen sie voll tiefer Trauer, ja voll Ekel gegenüber. Wir sind deshalb auch froh, daß nun endlich wirksame Maßnahmen dagegen ergriffen werden, denn wir wünschen, daß der politische Kampf wieder zu einem geistigen Ringen der Klassen und Parteien werde, wie wir diesen Kampf stets ausgefochten haben. Wir empfinden es als eines Kulturvolkes unwürdig, daß solche Gewaltmethoden bei uns noch geübt werden. Wenn die Arbeiterbewegung sich jetzt mit denselben Mitteln gewehrt hat, mit denen man sie bekämpfte, so nur deshalb, weil ein freies Volk sich nicht einfach niederknien läßt, und weil man Menschen, einzelne und ganze Völker, die nicht die anderen überlegen und durch Gründe für sich gewinnen wollen, sondern dadurch, daß sie sie erschlagen, niederknien, auf jede andere mögliche Weise umbringen, auf andere Weise überhaupt nicht mehr bekämpfen kann. Wenn das in Zukunft nun verhindert werden soll, wenn die Reichsregierung entschlossen sein sollte, diese Art des politischen Kampfes aus ihrer Mitte wirklich niederzulassen, so werden wir uns ganz den Maßnahmen fügen, die dazu notwendig sind. Und wir werden gern wieder ausschließlich zu unserer alten Methode der

Jung und der geistigen Auseinandersetzung zurückzuführen; denn auf unserer Seite hat es sich in den letzten Wochen immer nur um Abwehr gegen Vergeßlichkeit gehandelt.

Es muß aber auch bei der Reichsregierung der erste Wille vorhanden sein, jetzt mit dem Bürgerkrieg wirklich Schluss zu machen. Bisher konnten wir zu ihr und ihren Maßnahmen kein Vertrauen haben, und auch die Ankündigung, noch weiterer härterer Maßnahmen, als sie die Erneuerung des Demonstrationserlasses darstellt, kann uns, dieses Vertrauen nicht geben. Im Gegenteil: denn was da angekündigt wird, sind völlig unzulängliche, ja direkt gefährliche Maßnahmen. Mit einer ungeheuren Verschärfung der Strafbestimmungen ist nichts getan. Die Erfahrung beweist tausendfältig, daß mit drakonischer Strafandrohung solche Gewaltzustände nicht beseitigt werden können. Und wenn gar von der Erweiterung des Anwendungsbereiches der Todesstrafe gesprochen wird, so muß man sagen, daß der Wutgeist nicht dadurch erstickt wird, daß man selbst dazu übergeht, Blut zu vergießen. Solche Maßnahmen sind nur geeignet, die Freiheit der Staatsbürger weiter einzuschränken, ohne Hilfe zu bringen. Die einzig wirksamen Mittel sind Vorbeuge-Maßnahmen. Und gerade weil das allgemeine Demonstrationsverbot eine vorbeugende Maßnahme ist, deshalb haben ja die Länderregierungen und die deutsche Linke ständig die Aufrechterhaltung dieser Maßnahmen gefordert. Vergeltungsmaßnahmen, wenn die Verbrechen geschehen sind, haben noch nie in der Geschichte solche Untaten verhindern können. Sondern, daß solche drakonischen Strafmaßnahmen auch deshalb besonders gefährlich sind, weil unsere politische Justiz nicht die Gewähr dafür bietet, daß sie unparteiisch auf alle Staatsbürger angewendet werden.

Es könnte auf den ersten Blick vielleicht so aussehen, als seien wir in dieser Frage weitgehend einig mit einem Blatt wie der „Schlesischen Zeitung“. Denn dieses Blatt, das monatelang alle Untaten der Nazis entschuldigt, ja sogar direkt aus der Welt zu lägen versucht hat, hat es offenbar angefaßt, die Art, wie die Saat ausgegangen ist, die es selbst zu legen half, Angst bekommen und geht in seinem Leitartikel in seiner letzten Sonntagsausgabe nun dazu über, den kämpfenden Parteien Parteien zu empfehlen, sich gegenseitig einen allgemeinen Generalpardon zu geben und auf diese Weise mit den blutigen Kämpfen Schluss zu machen. Aber diese Einigkeit ist nur Scheinbar. Das zeigt sich bereits in der Beurteilung des neuesten Schrittes der Reichsregierung. Die „Schlesische Zeitung“ jammert über die Aufhebung des Demonstrationsverbotes und hätte ein ganz anderes Eingreifen der Reichsregierung gewünscht. Nach ihrem Wunsch hätte die Reichsregierung ganz einseitige Kampfmaßnahmen gegen die deutsche Linke, gegen die Verteidiger der Freiheit und Demokratie ergreifen sollen, ja sie fordert heute sogar Ausnahmegesetze gegen die Kommunisten, während sie die eigentlich Schuldigen, die Nationalsozialisten, weiter verteidigt. Maßnahmen dagegen, die gerade auch den Hitlerbanden Fesseln anzulegen geeignet sind, finden nicht ihren Beifall. Insbesondere aber drängt sie die Reichsregierung gerade zu dazu, bei der angekündigten Verschärfung der Strafbestimmungen zu einer weitgehenden Erweiterung des Anwendungsbereiches der Todesstrafe überzugehen. Ihre Sonntagsmahnung zum Frieden ist also kein Zeichen vor dem Blutvergießen und Trauer über die schrecklichen Zustände in Deutschland, sondern lediglich Angst vor der anwachsenden Abwehrwelle. In Wirklichkeit ist sie im Gegenteil geradezu blutgierig. Sie kann es nicht abwarten, daß die Köpfe von Kommunisten oder anderer Volksgenossen unter dem Henkerbeil fallen. Endlich wird das dadurch gezeigt, daß in demselben Artikel, in dem sie zum Frieden rufen, sie selbst die große Mehrheit des Deutschen Volkes abermals als Vaterlandsverräter beschimpft. Das tut ausgetechnet ein Mann, der sich in das deutsche Volk erst hineingedrängt hat und der erst durch jahrelangen selbstlosen Dienst am deutschen Volk beweisen mußte, daß er überhaupt würdig ist, zum deutschen Volk zu gehören. Bisher hat er nur das deutsche Volk geschädigt. Das ganze Friedensgerede der „Schlesischen Zeitung“ vom Sonntag ist also nichts als abgrundtiefe Heuchelei, die nur Ziel und Verachtung herzutreiben kann. Wir weisen gerade jetzt jede Gemeinschaft mit solcher Gefinnung zurück.

Wir sind ehrlich für Frieden. Wir haben das jahrzehntelang durch unser Handeln bewiesen. Wir haben von jeher gewarnt und gemahnt, man solle solche Zustände, wie sie jetzt in Deutschland herrschen, nicht aufkommen lassen. Wir brauchen deshalb auch nicht unsere Anhänger zum Frieden zu mahnen, denn sie sind

immer Freunde des inneren Friedens gewesen, wie sie Freunde und Vorkämpfer des äußeren Friedens sind und für ihn gekämpft und gelitten haben. Unsere Mahnung darf sich deshalb ausschließlich an die Reichsregierung richten, die dafür verantwortlich ist, daß in Deutschland menschenwürdige Zustände bestehen. Jetzt besteht sie nicht. Sie müßte zu schaffen, in die Politik der Reichsregierung. Dazu gehört aber vor allem, daß sie nicht immer denen, die für solche Zustände kämpfen, in den Arm fällt, den Länderregierungen nicht, die sich ehrlich darum bemühen, und den Organisationen der Wähler selbst nicht, die nichts anderes zum Ziel haben. Der Rückzug der Reichsregierung, der mit der Erneuerung des Demonstrationsverbotes eingeleitet ist, ist hoffentlich ein Anzeichen dafür, daß die Reichsregierung endlich, durch die vielen Blutopfer belehrt, das einzusehen beginnt, daß sie zu er-

kennen, beginnt, daß sie bisher auf völlig falschem Wege war, und daß es notwendig ist, eine ganz andere Innenpolitik zu treiben, als sie bisher getrieben hat. Das neue Demonstrationsverbot reicht dazu aber nicht aus. Es müssen vielmehr in dieselbe Richtung gehende, weitere vorbeugende Maßnahmen getroffen werden, die den Würdebanden der braunen Pest das Handwerk legen. Wir begrüßen daher das Demonstrationsverbot und werden uns selbst ihm fügen. Wir erwarten aber und verlangen, daß es auch gegen die anderen mit aller Energie und der notwendigen Rücksichtlosigkeit durchgeführt wird. Wir werden weiter auf der Wacht stehen. Wir werden selbst niemanden angreifen, aber jeden Angriff auf uns, besonders auf unsere Frauen, werden wir auch in Zukunft mit jener Energie zurückweisen, die nur der entfesselt kann, auf dessen Seite das Recht steht.

Hitler für Papen verantwortlich

Dokumentarischer Beweis dafür, daß Hitler Papen toleriert

Die Ablehnungsvorläufe der Nazis haben jetzt ein Ende. Das Zentrum hat einen dokumentarischen Beweis erbracht, daß die Nationalsozialistische Partei das Kabinett Papen toleriert, daß sie die Verantwortung trägt für die Taten des Kabinetts. Hier ist der Beweis, wie ihn die „Germania“ veröffentlicht:

Am Mittwoch, den 3. Juni 1932 lud Reichskanzler v. Papen Vertreter der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages ein, um mit ihnen über eine baldige Regierungsbildung in Preußen zu sprechen. Von der Zentrumsfraktion erschienen mit dem Minister Hirtfelder der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Steger und der Geschäftsführer Dr. Graf. Der hier zum ersten Male in der Öffentlichkeit bekanntgegebene Inhalt dieser Unterredung wurde sofort nach der Sitzung von den Vertretern des Zentrums in einem Protokoll festgehalten.

Nach dieser Niederschrift legte der Reichskanzler den Herren dar, daß er über die künftige preussische Regierung mit Beauftragten Adolf Hitlers verhandelt habe und auch zu einem gewissen Ergebnis gekommen sei. Als vorsichtiger Mann habe er sich die Bedingungen schriftlich geben lassen, unter denen die Nationalsozialisten bereit seien, mit dem Zentrum und den Deutschnationalen über eine Regierungsbildung in Preußen zu verhandeln.

Der Reichskanzler trug dann die nachstehenden Forderungen aus einem Schriftstück vor, daß er während der Unterredung in Händen hielt. Die Bedingungen lauteten:

1. Den Nationalsozialisten sind neben anderen Ressorts das Ministerpräsidium und das Innenministerium zu übertragen.
2. Die Zentrumspartei hat ihre sinnlose Opposition gegen das Kabinett v. Papen einzustellen.

Diese Bedingungen, so teilte Herr von Papen mit, würden die Nationalsozialisten dem Zentrum und ebenso den Deutschnationalen in einem Brief unterbreiten. In diesem Brief äußerte er sich, im einzelnen darzulegen, was die Zentrumsvorteile dem Kanzler erbitterten. Von größter Bedeutung ist es aber für die angeführte Beweisführung, daß Herr von Papen herausstellte, er sei es keineswegs gewesen, der den Nationalsozialisten nahegelegt habe, die Bedingung zu stellen, die Zentrumspartei solle ihre sinnlose Opposition gegen sein Kabinett einstellen. Vielmehr habe er ausdrücklich gewünscht, diese Forderung möge wegsfallen. Die Nationalsozialisten seien auf diese Bedingung aber geradezu „verfallen“ gewesen.

Das ist ein durchschlagender Beweis. Gibt es einen deutlicheren Beweis, als daß die Nationalsozialisten das Kabinett Papen-Schleicher so sehr für ihr eigenes Kabinett halten, daß sie ihm zur Tolerierung durch die Nazis auch noch die Tolerierung des Zentrums verschaffen wollten? Jetzt sind sie gestellt.

Englands Arbeiter greifen die Eisernen Front

Vom Vereinigten Nationalkomitee des Gewerkschaftskongresses, der Arbeiterpartei und der Parlamentarier der Arbeiterabgeordneten ist nachfolgendes Schreiben beim Sozialdemokratischen Parteivorstand eingetroffen:

London, den 11. Juli 1932.

An unsere Genossen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

Mit leidenschaftlichem Interesse und wachsender Bewunderung verfolgt die britische Arbeiterschaft deren großartigen Kampf für Sozialismus, Freiheit und Frieden. Wir haben mit tiefer Sorge den gefährlichen Vormarsch Eurer Feinde beobachtet, die auch die Feinde von uns allen sind. Die im schweren Kampf von den dahingegangenen Generationen ererbten Errungenschaften sind bedroht. Mit unbegreiflichem Mut und unüberwindlichem Schwung habt Ihr es unternommen, die wilde Flut der konservativen Reaktion einzudämmen, die droht, die junge Republik zu überflutet und das deutsche Volk in die geistige, politische und wirtschaftliche Knechtschaft zurückzuführen. Alle Achtung vor unseren deutschen Genossen, die unter unglaublichen Opfern und allen ungeheuren Hindernissen zum Trost die Fahne des Sozialismus hochhalten und schwingen.

Jetzt naht die entscheidende Stunde! Die Verteidiger des deutschen Sozialismus und der deutschen Republik bereiten sich auf die erbitterteste Schlacht in ihrer langjähriger, an schweren Kämpfen so reichen Geschichte vor. Im letzten Willigengeleit haben sie im Glanz der über die ganze Welt sich erhehenden Arbeiterbewegung haben die jüngeren Kräfte der Gegenrevolution zum letzten Mal gekämpft: sie reden vom Frieden, aber in ihrem Herzen denken sie an Krieg, sie predigen Freiheit, aber

streben Versklavung, sie versprechen soziale Gerechtigkeit, aber bereiten Unterdrückung durch ihre Klasse vor. Ihr werdet es sein, Ihr deutschen Genossen, die den Hauptstoß dieses Antikriegs auszuhalten haben: Die Schlacht, die Ihr jetzt, ist nicht nur der Kampf der deutschen Arbeiter, sondern auch unser Kampf, der Kampf des Sozialismus überhaupt in der Welt. Euer Ringen gilt den Idealen, die Euer großen Vorkämpfer Marx, Engels, Bebel, Wilhelm Liebknecht verurteilt haben: Für Fortschritt, Frieden und soziale Gerechtigkeit, gegen Reaktion, Militarismus und Unterdrückung, für Sozialismus, gegen Kapitalismus; für das Brot und die Freiheit des Volkes.

Die britische Arbeiterbewegung sendet diese Botschaft der Solidarität, der brüderlichen Hilfe und der guten Wünsche an die große deutsche Sozialdemokratie und an die große deutsche Gewerkschaftsbewegung. Sie vertraut darauf, daß Euer Mut und Euer Opferbereitschaft nicht vergebens sein werden, sondern den Endsieg unserer gemeinsamen Sache beschleunigen und allüberall die Sozialisten zu neuen Anstrengungen anspornen werden. Der Kapitalismus hat Schiffbruch erlitten. Der Sozialismus allein kann die Welt retten.

Genossen, unsere Gedanken werden bei Euch sein in diesen schicksalsschweren Tagen und besonders am 31. Juli 1932. Wir senden Euch den sozialistischen Gruß „Freiheit“!

Im Auftrage des Generalsrats der Gewerkschaften:
Walter M. Citrine, Generalsekretär.

Im Auftrage des National-Exekutiv-Komitees der Arbeiterpartei:
Geo Nathan, Vorsitzender.

Im Auftrage der Parlamentarierfraktion der Arbeiterabgeordneten:
George Lansbury, Vorsitzender.

Frauen im Gefängnis

Von Guy de Téramond

(Nachdruck verboten)

Der Arzt war noch immer mit der Leiche beschäftigt und der Kommissar fragte ihn: „Können Sie die Stunde, in der der Mord begangen wurde, annähernd feststellen?“

Nach gewissen Ermittlungen lebendiger Natur und nach dem Entarrungsstand liegt der Mord neun bis zehn Stunden zurück — die Glieder, die Sie am Gesicht da, wo es die Glasplatte berührt, wahrnehmen, die zeigen sich fröhlich vier Stunden nach dem Ableben. — wie Sie sehen, treten sie bereits sehr deutlich auf. Die Körperfarbe ist auch beträchtlich vorgerötet: bei jungen Männern von guter Konstitution bleibt die Muskulatur ziemlich lange gelblich.

Die Wundtat wäre demnach lange Zeit, nachdem die Leiche die Wohnung verlassen und Frau Mongenot ihr Zimmer aufgesucht hätte, begangen worden? — fragte der Inspektor, jede Silbe klar betonend.

„Gegen elf Uhr etwa“ erklärte der Arzt.

„Der Mörder hat mit Discretion gearbeitet“, fügte der Inspektor hinzu. „Ohne den Verdacht irgend jemand darauf zu setzen, daß in diesem Zimmer ein Kapitalverbrechen verübt worden war.“ — „So heißt es, als wäre nichts angedeutet worden.“ — „Richtig, Kommissar.“ — „Sind Sie sicher, daß die Leiche in der Wohnung, wo der Mord begangen wurde, gefunden wurde?“ — „Er hätte darin gelegen und gegen zehn Uhr den anderen eine mit Blut getränkte Handkerchief.“ — „Sagen Sie mir, von welchem Ort?“

„Er hätte dort gelegen.“ — „Die Leiche wurde von einem Arbeiter gefunden.“ — „Die Leiche eines Verstorbenen aus demselben Ort?“ — „Nein, Kommissar, die Leiche wurde von einem Arbeiter gefunden.“ — „Der Arbeiter?“

lassen es nicht, alles zu durchwählen. Sie hätten es nicht schwer gehabt, die Scheine an den Mann zu bringen. Diese Karte verriet doch nicht darauf, den Augen, den das Delikt eingebracht, einzubeugen.“

„Nicht niedriger Art oder Mord aus Leidenschaft“, erwiderte der Kommissar, „das Bestrebende an der Sache ist, daß Frau Mongenot, die einen leichten Schlaf zu haben behauptet und die sich erst kurze Zeit niedergelegt hatte, absolut nichts gehört hat!“

Die vier Männer schwiegen. — es war ein Schweigen, wo sich jeder mit seinen eigenen Gedanken beschäftigte und noch ärgerte, diese sich selbst einzugestehen.

Der Inspektor Fernand sagte klar betonend: — „Das Zimmer der Frau Mongenot befindet sich, wovon ich mich überzeugt am entgegengelegten Ende der Wohnung. Wenn es nicht laute Schritte oder einen Kampf gegeben hat, dann würde die Behauptung, daß ihr nichts Verdächtigtes aufgefallen ist, kaum zu beanstanden.“

„Daß Mongenot sofort tot war, unterliegt keinem Zweifel“, versicherte der Arzt. „Er ist hingestunken, wie wir ihn fanden, ohne noch einen Schrei ausstoßen zu können.“

„Wie wir Madame Mongenot wieder hören“, erklärte der Kommissar, „müssen wir die Kammerfrau befragen, welche die letzte gesehen ist, die vor der Tat die Wohnung verließ — und auch die erste, die sie — danach — wieder betrat.“

Diese erzählten auf das erste Klingeln. Sie hatte sich — aus begeisterten Neugier — im anstehenden Raum aufgehalten, um zu hören, was gesprochen wurde.

Die große, noch jugendliche Person machte einen sehr hübschen Eindruck: sie hatte ein wunderbar schönes Gesicht. Sie hatte langliche dunkle Lider mit tiefen Wimpern, die ihr einen besessenen Reiz verliehen.

Als sie heute morgen zurückkehrte“, erkundigte sich der Kommissar, „sahen Sie die Türe verschlossen?“

Die Jofe, die häufig noch unter dem Eindruck der Tragödie stand, ärgerte keine Schritte und antwortete mit festerem Ton: „Herr Kommissar, ich bin durch die Türe für das Personal herbeigekommen und öffnete mir immer mit meinem Schlüssel.“ — „Als Sie dann an der anderen Tür klingelten, habe ich, wie ich mich ganz genau entsinnere, nicht bloß den Klingel-

zurückgehoben, ich entfernte auch das Rottchen, das alle Nächte vorgelegt wird.“

„Das ließe vermuten, daß der Täter durch einen anderen Zugang eingedrungen und geflüchtet ist“, meinte der Kommissar. — „Sie wohnen im dritten Stock?“

„Die Verbrechen verüben sich darauf, die Türen von außen zu schließen und auch dadurch irrezuleiten“, wendete der Inspektor ein.

„Nicht spricht nicht dafür“, bemerkte ironisch der Sekretär, „daß Professionelle am Werke waren: mit deren Vorsichtsmäßig regeln brauchen wir uns hier kaum zu beschäftigen.“

Der Kommissar lehnte mit einer Gebärde diese Neuerung ab, als wolle er keine vorläufige Schlüsse ziehen; er wandte sich wieder an die Kammerfrau: — „Hätte Madame Mongenot in dem Moment, da Sie eintraten, bereits die Leiche ihres Mannes entdeckt?“

„Nein, mein Herr! — Sie kam aus ihrem Zimmer in dem Augenblick, wo ich auf ihre Türe gehen wollte, um zu klopfen. So wie sie gewöhnlich um acht. Zufällig war sie bereits aufgestanden.“

Diese Worte riefen eine bellommene Stille hervor. Die Jofe redete nicht weiter — als begriffe sie, daß die düstere Atmosphäre sich noch mehr vertäuserte.

Inspektor Fernand fragte drängend: — „Frau Mongenot verließ ihr Zimmer in dem Augenblick, wo Sie den Gang betraten, sagten Sie? — Und darauf?“

Die dunklen Augenblicke hoben sich. Durch die dichten Wimpern sah sie ein etwas harter Bild.

„Kleine Wimpern noch immer zu zaudern, als müße sie erst die richtigen Worte finden, als befürchte sie, gewissen Zufälligkeiten zu viel Gewicht beizulegen. — Zufälligkeiten, die sie aber aus Respekt vor den Vertretern der Behörde nicht übergehen konnte.“

(Fortsetzung folgt.)

Lausanne und Wirtschaft

Reichskanzler von Vapen ist von Lausanne als leidener Erfüllungspolitiker nach Berlin zurückgekehrt. Die Freude über den zeitigen Günder darf aber nicht dazu verleiten, die außerordentlichen Schwächen des Ererbisses von Lausanne zu übersehen. Günstige Rückwirkungen auf das Wirtschaftslieben können nur von der psychologischen Seite her erwartet werden. Wenn der Pakt von Lausanne, ein neuer Meilenstein für die internationale Verständigungspolitik, bald ratifiziert werden würde, so könnte mit der Forträumung des Steins der Reparationen, der den Weg zur Wirtschaftsbesserung bisher versperrte, die Bahn für weitergehende wirtschaftliche Verständigung und psychologische Umtriebe der Unternehmungslust frei werden. Leider muß man aber feststellen, daß sich der Pakt von Lausanne deshalb vorläufig nur als eine Verzögerung der Schwierigkeiten auswirkt, weil das Ob und das Wann der Ratifizierung in höchstem Maße unklar erscheint.

Als Herr von Vapen in Lausanne den schweren politischen Fehler machte, durch das Einverständnis politischer Verpflichtungen, die er bald darauf wieder von der Tagesordnung zurückziehen mußte, die materielle Verhandlungsbasis zu verwickeln, erschien es zunächst noch so, als ob ihm wenigstens die Beilegung der umstrittenen Amerika-Klausel gelungen wäre. Der Sinn dieser Amerika-Klausel war die Befreiung der Abhängigkeit der Reparationen der deutschen Zahlungsverpflichtungen von einem entsprechenden Verzicht der amerikanischen Gläubiger gegenüber ihren interalliierten Kriegsschuldnern. Der tatsächliche Zusammenhang zwischen den Kriegsschulden der europäischen Siegermächte an die Vereinigten Staaten und den deutschen Reparationen besteht von Anfang an und ist nicht durch Verschweigen aus der Welt zu schaffen. Die sozialistische und gewerkschaftliche Internationale haben deshalb auch seit langem die Forderung nach Streichung der Reparationen und der interalliierten Kriegsschulden als die notwendige Maßnahme zur Beilegung der Kriegsfolgen aufgestellt. Mit Recht ist aber von deutscher Seite die These vertreten worden, daß eine Streichung oder Herabsetzung der Reparationszahlungen, die auf der Erkenntnis der Zahlungsunfähigkeit der deutschen Wirtschaft beruht, an keinerlei Bedingungen geknüpft werden dürfe. Deshalb sollte man formal und rechtlich die Amerika-Klausel aus der Diskussion beiseite lassen. Praktisch gelungen ist aber nur, daß die Amerika-Klausel in dem von Deutschland unterzeichneten Abkommen von Lausanne nicht enthalten ist. Sie ist aber nicht aus der Welt verwickelt worden, sondern in Wirklichkeit, wie sich jetzt zeigt, nur verdrängt worden von dem offiziellen Pakt von Lausanne in das sogenannte Gentlemen-Verständnis, die Vereinbarung der Gläubigerregierungen. Die Gläubigerregierungen, England, Frankreich, Belgien und Italien, haben unter sich vereinbart, daß die Ratifizierung des Abkommens von Lausanne nicht vorgenommen werden soll, bevor nicht eine befriedigende Regelung zwischen ihnen und ihren eigenen Gläubigern erstellt sein wird. Falls diese befriedigende Regelung nicht erstellt wird, wird das Abkommen nicht ratifiziert werden. Es würde dadurch eine neue Lage geschaffen werden, und bei dieser Eventualität würde die rechtliche Stellung aller interessierten Regierungen wieder die gleiche werden wie vor dem Hoover-Memorandum. Mit anderen Worten: wenn nicht ratifiziert wird, wird wieder der Young-Plan der Ausgangspunkt für neue Verhandlungen sein müssen. Es ist nicht so, daß es in Wirklichkeit Herrn von Vapen mit seiner Verhandlungsmethode, von den Verzichten auf die politischen Forderungen ganz abgesehen, keineswegs gelungen ist, die Amerika-Klausel praktisch auszuschalten und die Gefahr eines neuen Rücktritts auf dem Young-Plan als Ausgangspunkt für neue Verhandlungen endgültig zu befeitigen.

Der andere Faktor liegt in der Unsicherheit inbesondere auf die Ratifizierung dieses Abkommens in Deutschland. Die Parteien, die hinter der Regierung des Herrn von Vapen und seiner Freiherren stehen, Nationalsozialisten und Deutschnationale, schlagen gegen das von ihrem Vertrauensmann, Herrn von Vapen, unterzeichnete Abkommen ungefähr die gleichen Töne an, die wir von dieser Seite her auch gegen alle früheren Vereinbarungen mit dem Charakter internationaler Verständigung gewohnt sind. Eine Ratifizierung von Lausanne bei Fortbestand der Regierung Vapen-Schleicher ist aber ohne Zustimmung der nationalsozialistischen Parteien, die diese Regierung repräsentiert, nicht vorstellbar. Es müßte also entweder zu einem klaren Bekenntnis der Verlogenheit des Geheimnisses dieser Kräfte der „nationalen Konzentration“ durch Zustimmung zum Abkommen von Lausanne kommen oder es müßte, wenn es dem Volksturm am 21. Juli gelingt, die Freiherrenregierung fortzulassen, die Frage der Ratifizierung auf einer ganz anderen Regierungsbasis zur Diskussion gelangen. Jedenfalls sind auch hier starke Unsicherheitsfaktoren, die die psychologische Wirkung eines Abkommens, das an sich einen großen Schritt vorwärts bedeuten könnte, hemmen.

Man kann somit bei nüchternen Betrachtung an den Aussagen von Lausanne nur wenig Gegenwartshoffnungen knüpfen. Man kann vielmehr nur hoffen, daß trotz aller Schwierigkeiten das Abkommen von Lausanne zum Ausgangspunkt künftiger besserer Gestaltungen werden kann. Ob sich diese Hoffnungen erfüllen werden, ist natürlich nicht in letzter Linie abhängig von der internationalistischen Gestaltung in Deutschland. Die Regierung Vapen ist auf Grund ihrer innenpolitischen Bindungen vollkommen ungeeignet, die Ernte einer internationalen Verständigungspolitik für die deutsche Wirtschaft wirklich einzubringen. Dazu gehört eine Regierung, die frei ist vom Einfluß der großindustriellen Hochfinanz und frei ist von den nebelhaften und wirtschaftlich nebensächlichen Theorien der Autarkie und der Binnenwirtschaft.

Für alle diese Fragen der weiteren Ausgestaltung des Abkommens von Lausanne ist ein entscheidender Faktor in Deutschland die Wahl am 21. Juli. Nur wenn es gelingt, an diesem Tage den Kräften der Reaktion und des Nationalismus durch den Ausschluß der Wähler einen schweren Schlag zu versetzen und die Partei der Arbeiter für eine vernünftige deutsche Aufbauarbeit im internationalen Rahmen, nur dann wird in absehbarer Zeit die deutsche Wirtschaft Früchte aus dem Abkommen von Lausanne ernten können.

Neue Untaten der Hitlerbanden

SA überfällt übende Turner und wirft Kinder ins Wasser Feuerüberfälle der SA in Berlin

Am Montagabend verübten SA-Leute auf dem Berliner Wedding einen Feuerüberfall auf kommunistische Arbeiter. Die Hitlerbanden feuerten von einem Motorrad aus in eine Gruppe Arbeiter, die an einer Straßenecke umherliefen. Zwei Kommunisten wurden von den Kugeln getroffen und schwer verletzt. Nach vollbrachter Tat flüchteten die Banditen.

Eine weitere Schikane veranstalteten Nationalsozialisten ebenfalls gegen Mitglieder in Berlin. Nachts wurden dort Schellen auf eine Gruppe Arbeiter, von denen einer einen Streifschuss durch den Kopf erlitt. Als das Überfallkommando anrückte, waren die Schikane bereits wieder von der Bildfläche verschwunden. Immerhin nahm die Polizei einen Verdächtigen fest.

Darmstadt, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Uniformierte Nazis, die von einer Demonstration kamen, riefen in Gau-Obernheim Mitglieder des bürgerlichen Turnvereins 84, der auf seinem Sportplatz hieß, den Hitlergruß an. Als die Turner mit dem Turnerkocher erwiderten, drangen die SA-Männer auf den umgedrehten Sportplatz ein, demolierten Tische und Stühle und schlugen mit Stuhlbeinen und Faustschlägen auf die Turner ein. Es gab 14 zum Teil schwerere Verletzte, darunter 10 bis 12 Turner. U. a. warfen die SA-Männer auch Kinder in einen Bach. Ein kleines Kind konnte nur mit Mühe von Ertrinken gerettet werden.

In fast allen Gegenden Deutschlands ist am Sonntag Blut geflossen. Die Bilanz des 17. Juli wird erst nach und nach bekannt. Das Schuldkonto der intellektuellen Urheber dieser blutigen Zwischenfälle wächst fortgesetzt.

In Oberhessen, an der Straße Homburg-Niederollschelken lieferten sich in der Nacht zu Montag Nazis und Kommunisten einen kundenlaunigen schweren Kampf. Zahlreiche Personen aus beiden Lagern wurden teils durch Revolverkugeln und Messertische mehr oder weniger schwer verletzt. Insgesamt gab es etwa 25 Verwundete. Später wurde der kommunistische Anführer Brüning aus Niederollschelken in seiner Wohnung überfallen. Die Angreifer waren nachts in sein Haus eingedrungen, als Brüning bereits im Bett lag. Er wurde so schwer mißhandelt, daß er in das Marburger Krankenhaus überführt werden mußte. Nach dem Vorfall durchsuchte Polizei die Wohnungen mehrerer Kommunisten. Zehn Kommunisten wurden verhaftet.

Große Schlägereien und Kämpfe gab es auch in Remscheid nach einem nationalsozialistischen Demonstrationsausflug. Zwei Solinger SA-Männer wurden durch Schüsse verwundet. Als die Nazis auf dem Heimweg an einem kommunistischen Jugendheim vorbeifuhren, feuerten sie vom Wagen in das Heim. Im Wuppertal ließ die Polizei die Wagen anhalten und durchsuchen. Sie fand 18 geladene Revolver, zwei Gaspistolen, Gummiknüppel, Stahlruten und vier offenstehende Messer. Die Besitzer der Revolver wurden festgenommen.

In Kassel wurden in Ostpreußen überfallen SA-Leute einen Trupp Reichsbanner. Die Nazis holten sich blutige Rübse.

München, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

In Freising kam es am Sonntag zu einer blutigen Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten.

Die Reichsbannerleute hatten sich nach einer glänzenden verlaufenen Versammlung, in der Kurt Mühlbach sprach, in einem Bierlokal versammelt. Während unternehmen braune Mordgeister ohne jeden Anlaß einen Sturm auf das Lokal. Sie drückten die schwerste Last des Gaskochers ein. Ein Teil drang dann in das Innere der Wirtschaft. Das Tor konnte aber von den Reichsbannerleuten bald wieder geschlossen, die eindringenden Nationalsozialisten konnten festgehalten werden. Kurz darauf entzündete sich eine wilde Schlägerei, bei der die Nazis von Schusswaffen Gebrauch machten. Einige Nationalsozialisten verletzten die Mauer des Bierlokalen an Überkettlern und hineinzuschießen. Die Polizei mußte vor den Mordgeister eilen und nahm bis ein Überfallkommando der Münchener Landespolizei dem Latendrang der Rebellen ein Ende machte.

Auf beiden Seiten gab es mehrere Verletzte, darunter einige mit Kopfverletzungen leichter Natur.

Köln, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

In Bergisch-Gladbach drangen auf einem Durchmarsch getriebene Nazis, als ihr Gedrüll „Heil Hitler“ von einem Kommunisten mit „Heil Moskau“ beantwortet wurde, in die Zuschauermenge und verletzten mit Stahlruten, Schlagringen und Revolvern mehrere Personen. Die Zuschauer, die flüchteten, wurden beschossen. Eine Person erhielt einen Brustschuß, einer wurde der Oberarm mit einem kantigen Gegenstand viermal durchgeschnitten. Auch Frauen und Kinder wurden von den Nazis nicht gespart.

In einem Dorf bei Wippen an der Sieg kam es zu einer schweren Schlägerei zwischen Nazis und einer kommunistischen Gruppe. Auf beiden Seiten gab es mehrere Verletzte. Einem Nazi wurde mit einem Winkelisen die Schädeldecke eingeschlagen.

Die Berliner Presse zu Vapens Niederlage

Die „Völkische Zeitung“ sagt zu dem Rückzug der Regierung der Nazi-Barone:

„Es ist gekommen, wie es kommen mußte. Die neue Völkische mit ihrer Begünstigung des politischen Kraftmeierens und ihrer Entfesselung unterweltlicher Politik hat die Folgen gezeitigt, die vorherzusehen waren. Aber letzten ist eine täuschende Selbstherrlichkeit so unbedeutend gewesen, wie es die war, die den Kollaps der politischen Verordnungen abtrug und schon in der Namensgebung sich äußerte. Seit dem 14. Juni ist Deutschland nicht mehr zur Ruhe gekommen. Diese Verordnung, die außer der Unterschrift des Reichspräsidenten die Unterschriften sämtlicher Mitglieder der Reichsregierung trägt, hat sich als eine Unglücksverordnung erwiesen. Erst gab es den Konflikt mit den Ländern und jetzt ist das öffentliche Leben in Deutschland so von Blut besetzt, wie nie vorher. So ungläubig es klingt, so hat es doch tatsächlich Leute gegeben, welche diese blutige Entwicklung doch wohl nicht ganz ungern sahen. Sie spekulierten darauf, daß das Zerschlagen der Unruhe die Verhängung des Ausnahmezustandes mit sich bringen würde. Und von diesem Ausnahmezustand erhofften sie freie Bahn für ihre Machspiele. Es ist hier mehr als einmal dargelegt worden, daß der Ausnahmezustand nicht die Zaubertrick hat, der Unruhe ein Ende zu setzen. Wir verneinen nicht, daß die Reichsregierung durch die Überreizung mit dem Nationalsozialisten, denen sie ihre Unterstützung mit verleiht, in einer künftigen Lage ist.“

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt zu dem gleichen Kapitel:

Am Sonntagabend wurde von uns verlangt, daß die Reichsregierung sofort in eindeutiger Form den nationalsozialistischen Ultimaten entgegen, in denen binnen 24 Stunden die offizielle Verklärung des SA-Terror angelehrt wurde. Sie mußte ablehnen, wenn sie ihre Autorität behaupten und der Bevölkerung die Gewißheit geben wollte, daß

das Salenkreuz kein Monopol auf der Straße besitze. Leider ließ die Regierung den Appell unehört verfallen. Es bedurfte erst der fürchterlichen Blutopfer, die die Zwischenfälle in Altona, Greifswald usw. geordert haben, um dem Kabinett Vapen den Entschluß zum Handeln aufzudrängen. Kein Wort der Bekundigung ist gegenüber den Angreifern angebracht. Sie sind in vollem Maße verantwortlich und müßten, soweit sie festgestellt werden können, streng bestraft werden. Aber auch die Verantwortlichen der Demonstration trägt eine schwere moralische Verantwortung. Das Viertel, in dem die Kundgebung stattfinden sollte, ist als eine kommunistische Hochburg bekannt. Wenn trotzdem der Zug der Braunhemden, der aus ganz Hallein zusammengetrommelt war, gerade in diesem Viertel geleitet werden sollte, so mußte das auf der anderen Seite, gleichgültig, was für die Verantwortlichen selbst dabei dachten, als Provokation empfunden werden. Niemals wäre es den Berliner Konventionen vor dem Kriege eingefallen, im Wedding zu demonstrieren, weil sie gewußt hätten, daß es ganz von selbst zu Zusammenstößen gekommen wäre. Das Auftrumpfen, das seit der Aufhebung des Uniform- und Demonstrationsverbotes für die Träger der braunen Uniform beinahe zur Selbstverständlichkeit geworden ist, mußte ein blutiges Ende nehmen. Dieser Bürgerkrieg wird leider nicht aufhören, solange sich eine Partei, die tagtäglich Terror predigt und bestrebt, eine uniformierte Privatarmee halten darf und solange die Regierung wegen ihrer politischen Abhängigkeit von dieser Partei den entscheidenden Schritt für die Befriedung des politischen Lebens, das Verbot der Uniform, nicht unternehmen kann.“

Paris, 19. Juli. (Eig. Funkbericht.)

Der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien“ erklärt zu den heutigen Vorlesungen in Deutschland:

„Die Bürgerkriegsgefahr, in der sich Deutschland befindet, ist die natürliche und erwartete Folge der Notverordnung vom 14. Juni, die die Hitlerarmee wiederhergestellt und es den Nazis erlaubt hat, in ihrer Reichs-Uniform systematische Herausforderungen gegen die Bevölkerung zu begehen. Diese Herausforderungen führen natürlich regelmäßig, wie am Sonntag in Altona, zu heftigen Antworten der antifaschistischen Kräfte besonders der Kommunisten.“

Klagges verbietet weiter

Braunschweig, 18. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Der braunschweigische Nazi-Minister Klagges hat den „Braunschweigischen Volksfreund“ und seine drei Kopfbilder wieder einmal auf drei Wochen verboten, weil der „Volksfreund“ in einem Artikel „Der Stahlhelm darf Städte tragen. Zweiteiliger Mah.“ darauf hingewiesen hatte, daß das Braunschweiger Polizeipräsidium dem Stahlhelm bei einer Demonstration das Mitführen von Handböden erlaubt hatte, während der Eisernen Front das Mitführen von Stöcken verboten war. Beide Demonstrationen fanden an einem Tage statt.

Klagges führt sich durch den Artikel beschimpft. Er sagt in der Begründung des Verbots: „In den Ausführungen, die von jedem unbefangenen Leser auf den Braunschweiger Minister des Innern bezogen werden müssen, wird ein leitender Beamter des braunschweigischen Staates beschimpft und böswillig verächtlich gemacht. Außerdem enthalten die Ausführungen die unwahre Behauptung, daß Völkische, hemmungslos fanatischer und selbstverleumdend auf das Parlament hätten. Die Verbreitung dieser unwahren Behauptung gefährdet lebenswichtige Interessen des Staates. Bei der Schwere der Beschimpfung und Böswilligkeit ist ein Verbot des „Volksfreund“ erforderlich.“

Hitler der Lahulensfreund

Alsborg überläßt den Hitleranwältigen die Verteidigung Lahulens

Die Brüder Lahulen von der Nordmölle hatten sich die beiden nationalsozialistischen Rechtsanwältigen Frank II und Luettgeborn verschrieben. Dadurch würde die Verteidigung ein sehr seltsames Gesicht haben: neben Hitlers Rechtsanwalt Alsborg! Daraus hat Professor Max Alsborg die Konsequenzen gezogen und die Verteidigung niedergelegt.

In einem sehr umfangreichen Abfragebrief hat Prof. Alsborg seine Haltung eingehend begründet und darauf hingewiesen, daß durch den Eintritt Frank II in die Reihe der Verteidiger vor der Öffentlichkeit gerade das beweisen würde, was die Lahulens bis jetzt bekämpft haben, nämlich ihren engen Zusammenhang mit den Nationalsozialisten und mit Hitler. Er müsse es deshalb ablehnen, in diesem Prozeß aufzutreten, wenn die Verteidigung so vollkommen ins politische Fahrwasser geraten sei.

Die Lahulen, die von diesem Prozeß des ersten deutschen Strafverteidigers außerordentlich betroffen waren, haben Prof. Alsborg daraufhin sofort in einem sehr langen Telegramm gebeten, ihre Verteidigung doch weiter zu führen. Prof. Alsborg ist jedoch vorläufig bei seiner Weigerung geblieben, so daß nunmehr der Antifaschist und Arbeiterführer Frank II als Hauptverteidiger in der größten Standalaffäre bürgerlicher Wirtschaftskämpfer auftreten wird.

Nazi-Verleumder am Werke

Unter dem Schutz der Immunität hat die Reichsfraktion des bayerischen Landtages eine verleumderische Broschüre gegen den Präsidenten des Landtages veröffentlicht, in der entgegen den tatsächlichen Vorgängen der Verlauf jener Landtagssitzung wahrheitswidrig dargestellt ist, auf der die Fahnenkreuzler wegen ihrer braunen Kostümierung und ihrer handhabe Terrorerzählung für 20 Sitzungstage ausgeschlossen wurden. In dieser Broschüre wird der Landtagspräsident neuerdings der Verleumdung preisgegeben, obwohl die Mitglieder der Nazis vom Oberbayerischen Landtag ausgeschlossen wurde. Nun hat der Landtagspräsident eine einseitige Erklärung erteilt, daß die Verleumdung der Broschüre und die Verleumdung der Landtagspräsident unter Androhung einer hohen Geldstrafe verboten wird.

Merke!

Genf, 18. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Das Untersekretariat der Liga der Nationen hat eine dringende Konferenz am Montag abends in Genf zur Regulierung der Finanzsituation angenommen. Die Fragen des Verbots des Handels mit Deutschland, als Voraussetzung für die Entlassung der Internationalen Liga ihrer Ratsarbeiten und Internationalisierung wurden auf die nächste Sitzung Anfang Oktober vertagt.

Mit in der Brust!

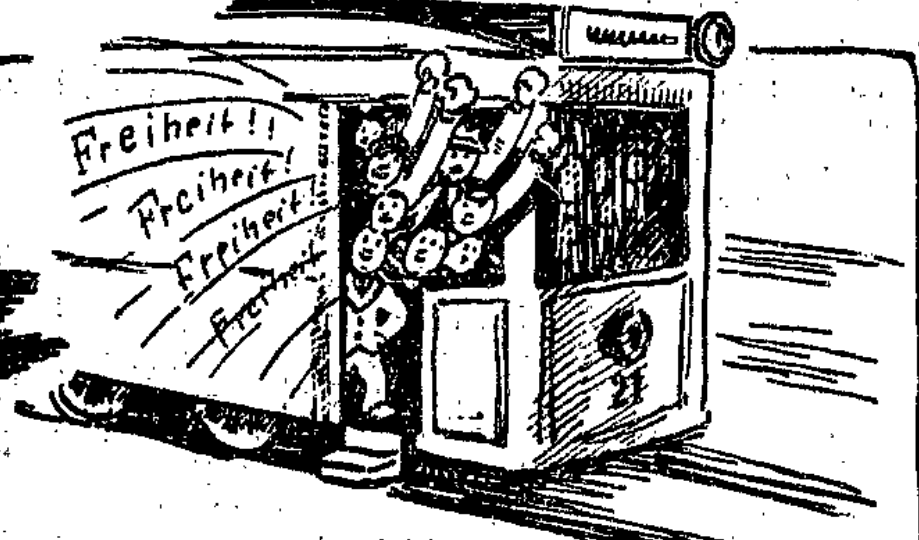
15



Ein Herrherr mit feinen Schmissen hat hier sein Maul weit aufgerissen!



Er schon ehert was von „Sauprotzen“ um dann sehr eilig abzutreten!



Karl, einmal fast, wird auch lieber für Freiheitsoffer u. Partei!

Sanftien-Anzeigen

Am 17. Juli verstarb nach langem, schwerem Leiden unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Auguste Lauterbach
im Alter von 61 Jahren.

Die trauernden Geschwister
nebst Albert.

2201
Beerdigung: Mittwoch, den 20. Juli, nachm.
4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Pohlenowitz.

Möbel-Gelegenheitskauf

Gehr. poliertes Schlafzimmer, modern und sehr gut erhalten. Einzelne Küchenschranke, eich. Zweig- und Nuss. Vierzweck, Waschkommoden, Frisiertoiletten, einzelne Stühle, Ecksofa, Sofas, Nachtische, alles gebraucht, sofort spottbillig zu verkaufen

S. Brandt & Co.

Gartenstraße 65, I. (neben Capitol)

Ueber das Vermögen des Maurermeisters Paul Bröuer in Breslau, Oppenauer Straße 23 wird heute, am 18. Juli 1932, 11 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Der Direktor Adolf Krebs in Breslau, Claassenstraße 9 wird zur Vertrauensperson ernannt. — Ein Gläubigerausweis wird nicht bestellt. — Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wird auf den 17. August 1932, vormittags 9.15 Uhr vor dem unten bezeichneten Gericht in Breslau, Museumstraße 9, 2. Stock, Zimmer Nr. 298, anberaumt.

Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der weiteren Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle 41, Zimmer Nr. 314 im 2. Stock zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. (41. B. N. 37/32).
Breslau, den 18. Juli 1932.

Amtsgericht.

Die „Frauenwelt“
den Frauen zum Lesen,
Denken und Schauen!

Frauenwelt

eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes.
Preis 30 Pf. Zu bestellen bei allen Zeitungsträgern

10-Pf.-Broschüren
Jugend erwache! Es geht um dich
Landmann erwache!
Kampf dem Betriebsfaschismus

10-Pf.-Broschüren
Wer hat uns verraten?
Die Toten mahnen: Nie wieder Krieg!
1000 Worte Hitler

15-Pf.-Broschüren
Nazi-Kommunalpolitik
Die Frau im Dritten Reich
Marxistisches ABC

15-Pf.-Broschüren
Wißt ihr das? Was mit der demokratischen Republik erreicht wurde
Volk und Sozialdemokratie. Ihre Leistungen und Erfolge
Reparationen und Sozialdemokratie

Diese Aufklärungs- und Kampfschriften sind erhältlich bei
Volkswacht-Buchhandlung
Breslau, Flurstraße 4.

Die Jungmännlichen

Sie wagt
von Prof. Sonn
Hilfsmittel
mit noch 100.

Zu haben in der Volkswacht.
Büchervertrieb, Flurstraße 4

Ich bin zur
Behandlung der Kriegerhinterbliebenen
zugelassen

Zahnarzt **Dr. Döbelln**

Neue Schweidnitzer Straße 9

Bücher für die Ferien

aus der
Volkswacht-Buchhandlung
Flurstraße Nr. 4, am Hauptbahnhof

Fernsprecher
21737 u. 21738

Solidere und zweckmäßige
Ausführung aller Drucksachen
preiswert in kürzester Lieferzeit

Druckerei

VOLKSWACHT
BRESLAU 2 — Flurstraße Nr. 4/6

Suchen Sie Geld?

wie 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Schlafzimmer,
gef. Birke mit H. Politur-
gehörn, vollst. kompl.
Rm. 635.—

S. Brandt & Co.
Gartenstraße 65, I.
(neben Capitol)

Wohnungen

Biete: zweifelh. Zimmer
mit Beigelaß.

Suche: 1 bis 2 Zimmer,
bis 30 M. Miete, bevorzugt
Südb. Hugo Schöps,
Fischerstraße 2, IV.

Verkäufe

Rußbaumjohani
160 breit, billig zu verkaufen
Höfeler Fischerstraße 6

Arbeitsmarkt

Zum sofortigen Eintritt suche
ich einen kräftigen, intelligenten
Jungen als

Bäckerlehrling

Geb. 1. Klasse Volksschule,
Quell z. Bäckerhandw. Schriftl.
Bewerb. mit Kurz. Lebenslauf.
Alex. Kaufmann, Bäcker-
mitt. Heidersdorf Str. 11/12/13.

Wegweiser für die Arbeiter-, Angestellten- und Beamtschaft zum Vorteil!

<p>Jedermann bringen was jedermann braucht zu jedermanns Preisen!</p> <p>Wer mit</p> <h1>Tietz</h1> <p>rechnet</p> <p>kann sich mehr leisten!</p>	<p>Glas- u. Gebäude-Reinigungs-Institut „MERCUR“ übernimmt alle Fensterreinigungsarbeiten, Fenster- und Fassaden-Waschen, Parkett- und Linoleum-Reinigung. J. Glath, Breslau, Ursulinerstr. 10 Telefon 52 551</p>	<p>BLUMENSCHULZ Tel. 2946 Robert Schulz, Breslau 2 Tel. 29486 Maler für moderne Einbindererl Gartenstraße 98, gegenüber Hauptbahnhof</p>	<p>Warum sind über 88 000 Haushaltungen Mitglied im Breslauer Consum-Verein?</p> <p>Warum vergrößert sich der Mitgliederkreis nachweislich von Monat zu Monat?</p> <p>Weil der Breslauer Consum-Verein keine Erwerbs-gesellschaft, sondern eine Konsumgenossenschaft ist, alle Vorteile und Ersparnisse am Jahresabschluss gemäss seinen Mitgliedern zugute kommen lassen muß.</p> <p>Rückgewähr - Auszahlung 1931 Mark 1 621 886,55</p> <p>weil trotz großer Ersparnisse alle Waren in jeder Beziehung preiswert und von erster Beschaffenheit sind.</p> <p>Weil im Breslauer Consum-Verein jedes Mitglied an allen technischen Errungenschaften und am Gesamtbesitz beteiligt ist.</p> <p>Durch seine großen Steuerleistungen dient der Breslauer Consum-Verein dem Staat und vollbringt trotzdem noch Großes an seinen Mitgliedern.</p> <p>Warum zögern Sie noch? Werden Sie Mitglied im</p> <p>Breslauer Consum-Verein</p>
<p>Sanitätsheaus Franz Maasc Klosterstraße 30/32</p> <p>Lieferant sämtl. Krankenkassen für Bandagen, orthopädische Apparate und sämtl. Krankenpflege-Artikel</p> <p>Fernruf 298 20</p>	<p>Nur Qualitätswaren kaufen Sie sehr preiswert im Schuhhaus Lewkowicz Breslau, Scheiniger Str. 25</p>	<p>Eisenhandlung Brandt Friedr.-Wilh.-Str. 89</p> <p>Spezialgeschäft für Eisenwaren Herd- u. Oefen Werkzeuge Wirtschaftartikel Gartengeräte</p>	<p>Brillen • Knetter in jeder Ausführung erhalten Sie bei</p> <p>Optiker Artur Schwarzer 26 Klosterstraße 26 Krankenkassen-Lieferant</p>
<p>Hüte - Mützen Herren-Artikel Sie finden alles — nur bei Felix Eckert Klosterstr. 48 am Hauptbahnhof Berichtigen Sie, bitte, meine Auslagen!</p>	<p>Kauft im Fahrradhaus Ost Fahrräder, sämtliche Ersatzteile, Reparatur „Ost ist am billigsten“ Ink. A. Ollschewski, Klosterstraße 17</p>	<p>Gelegenheitskäufe nur im Zentral-Laden Klosterstraße 28</p> <p>Kind- u. Jugend-Karl Dusch Hedwigstr. 22 / Filiale: Sternstr. 122, Karlsruhmarkt 11</p> <p>Feine Fleisch- und Wurstwaren bei K. Klompke, Hirschstraße 70</p>	
<p>Musikinstrumente nur von Friedrich Gessner Breslau 1, Weichstraße 28</p>	<p>Paul Rudolph Brüderstraße 48 Ecke Palmstraße EDWA-Laden Kolonialwaren Weine, Spirituosen</p>	<p>MÖBEL aus von Richard Karsunky & Co. Rosenthaler Straße 2, Ecke Matthisstr.</p>	<p>Eisenwaren u. Wirtschaftartikel kaufen Sie zu niedrigsten Preisen bei Moser & Moesner Klosterstraße 38 Ecke Jungfernst. 1/2</p>

Dr. Dr. Schöner, Brandenburger, Breslau, Sternstr. 122, Karlsruhmarkt 11. — Redaktion: Brandenburger, Flurstr. 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht“ G. m. b. H., sämtlich in Breslau

Breslauer Nachrichten

Antworten!

Man von der Eisernen Front! Wohin du gehst, gibt es heute politische Gespräche. In diesen Gesprächen lügen die Nazis auf Teufel komm raus! Nichts gibt es in der Welt, für das die Nazilügner nicht die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften, kurz die Organisationen der Eisernen Front, den „Marxismus“, verantwortlich machen möchten.

Man von der Eisernen Front! Im Wahlkampf mußt du auf jede Lüge des Gegners antworten, jede Lüge des Gegners mußt du ruhig und sachlich, aber entschieden zurückweisen. Die Lüge ist die Stärke unserer Gegner. Unsere unüberwindbare Macht aber ist die Wahrheit! Ihr müßt wir zum Siege verhelfen.

Wir antworten dem Gegner. Unsere geistigen Waffen sind Klart und scharf! So werden wir auch diesen Wahlkampf siegreich führen helfen.

Wir antworten dem Gegner. Seine Lügen sind grenzenlos — ist es doch vorgekommen, daß SA-Leute frech und dumm behaupten, Reichmann-Holtweg, einer der letzten kaiserlichen Kriegsverweigerer, sei Sozialdemokrat gewesen! Auch das ist ein Beitrag zur Lüge vom Dolchstoß und Novemberverbrechen. Aber selbst solchem handgreiflichen Schwindel müssen wir entgegen treten! Andere Nazis behaupteten aus durchsichtigen Gründen, die sämtlichen Landratsposten in Preußen seien von Sozialdemokraten besetzt. So gemein dieser dreißige Nazischwindel ist — er findet noch immer Gläubige. Von den mehr als vierhundert preußischen Landräten sind kaum 60 Sozialdemokraten. Das und nichts anderes ist die Wahrheit!

Man von der Eisernen Front! Du mußt für die Wahrheit kämpfen — antworte dem Gegner auf jede Lüge! Deine drei Pfeile, die du trägtst, verpflichten dich.

Wo sitzen die Saboteure?

Man merkt nichts von einem Kampf gegen die Milchgauner. — Die Betrügereien gehen deshalb lustig weiter

Unter Bezugnahme auf die Monatsberichte der Breslauer Gewerbebehörde haben wir schon mehrfach auf die erschreckend große Zahl der Milchpantoffler hingewiesen und ein ganz energieloses Einschreiten der Behörden gefordert. Man hat an den zuständigen Stellen unsere mehrmaligen Forderungen bisher maßlos nicht ernst genommen, denn man hat noch immer nichts von einem Kampf gegen diese auf dem Lande sitzenden Volksbetrüger gehört.

Inzwischen ist ein neuer Bericht erschienen, aus dem zu entnehmen ist, daß die Gewerbebehörde im Monat Juni 414 Milchproben bei Breslauer Milchhändlern entnommen hat, von denen 111 wegen Verwässerung und 9 wegen zu geringen Fettgehalts beanstandet worden sind. In allen diesen Fällen stellte die Polizei gleichzeitig einwandfrei fest, daß die Milch in diesem Zustande bereits nach Breslau eingeführt worden ist.

Beharrlich aber schweigt die Justiz, obwohl es seit Monaten feststeht, daß ein Viertel der nach Breslau kommenden Milch verwässert ist. Die Ruhe erweckt den Anschein, als ob sich niemand für zuständig halte, den Gaunern einmal auf das Fell zu rücken. Es kann unter diesen Umständen gar nicht wundernehmen, daß sich in Breslau die Auffassung verbreitet, ein Kampf gegen die Milchpantoffler sei verschiedenen Leuten unangenehm, weshalb man ihn labortiert.

Die Justizbehörden wundern sich stets, daß gegen sie so oft der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht wird. Angesichts des großen Schwelgers gegen die beträchtliche Zahl der Milchgauner kann man allerdings kaum zu einer anderen Meinung kommen, wenn sich der Justizapparat nicht endlich aufrafft und mit drakonischen Urteilen gegen diese Betrüger vorgeht, die im politischen Leben ihre Mäuler nicht weit genug aufreißen können.

Nozi-Treiben in der Schlesiischen Junktunde

Wie wir schon berichteten, hat sich in der Schlesiischen Junktunde eine Zelle der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation gebildet, die innerhalb des Betriebes eine umfangreiche Agitation ausübt und auf die festen Mitarbeiter und Angestellten einen unerhörten Druck ausübt. Die Agitation der Nazis bezweckt natürlich nichts anderes, als eine Sabotageorganisation innerhalb der Betriebszellenorganisation ins Leben zu rufen. Das ganze Vorgehen der Werber der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation läßt vermuten, daß die Sendeleitung von diesen gefährlichen Umtrieben innerhalb des Betriebes unterrichtet ist, daß sie aber keinesfalls gedenkt gegen das terroristische Treiben der Nazis vorzugehen. Ja, die Sendeleitung der Schlesiischen Junktunde hat es sogar für notwendig befunden, die führenden Werber der NSBD, beiden Breslauer Vereinigten Theatern für den Schlesiischen Rundfunk als Sprecher bzw. Hörspieler zu engagieren! Das bedeutet nichts anderes als eine Stützung der Nazizelle innerhalb des Betriebes! Die Werber der NSBD sind in den letzten Wochen in einer Weise innerhalb des Betriebes der Schlesiischen Junktunde aufgetreten, die eine schwere Gefahr für den Betrieb bedeutet. Einer der Vertrauensleute der NSBD, im Sendebau der Schlesiischen Junktunde ist der Cellist der Junktunde Kurt Beder, der mit allen nur möglichen Mitteln während der Betriebszeiten die Mitarbeiter und Angestellten, vor allem die ersten in die Reihen der NSBD, zu ziehen versucht. So kann das nicht weitergehen. Die Geduld der werktätigen Hörer hat eine Grenze! Sie, die den überwiegenden Teil der schlesiischen Hörerschaft darstellen und die Herrschaften durch ihre lauer verdienten Groschen unterstützen, denken gar nicht daran, die Agitation der Arbeiterfeinde zu bezahlen und damit anderen wieder ihre Pflichten für das erträumte Dritte Reich zu sichern!

Grenzenlose Nazifrechheit

Zeit unerträglicher Terror gegen Andersgünstige

Gestern Abend gegen 22.30 Uhr lieferten drei Nazis wieder einmal den Beweis wie unschuldig sie sind und wie sehr sie von anderen angegriffen werden. Sie traten im Garten des Lokals „Friedeburg“ an einen Tisch heran, an dem drei Personen saßen, die das Wohlwollen der Eisernen Front angedeutet hatten. Die drei Nazis forderten von den Gästen des Lokals das Ablegen der Armbänder und schlugen sofort auf die drei Angehörigen der Eisernen Front ein. Aus der Umklekabine, die die Angegriffenen in den Saal des Lokals flüchteten und die verfolgenden Nazis von Angestellten des Lokals zurückgehalten wurden, verhinderte größere Auseinandersetzungen. Der Geschäftsführer des „Friedeburgs“ hatte sofort das Ueberfallkommando herbeigerufen und die

Zunehmender Betrieb im Breslauer Flughafen

Gute Aufwärtsentwicklung auch im vergangenen Reisejahr

Trotz katastrophalen Niederganges der allgemeinen Wirtschaftslage, der sich besonders im vergangenen Jahre in unserer Heimatprovinz auswirkte, kann der Flughafen Breslau mit einiger Befriedigung feststellen, daß die Frequenz des Flughafens auf regster Werbetätigkeit gestiegen ist. Die Notwendigkeit, in Schlesien den bereits vorhandenen Luftverkehr zu erweitern, erzieht man besonders aus der regen Nachfrage nach Flugtickets. In sehr erfreulicher Weise hat die Benutzung des Breslauer Flughafens im außerplanmäßigen Flugbetrieb erheblich zugenommen. Dieser gesteigerte Betrieb ist im wesentlichen dem Rundflugunternehmen „Flugdienst Breslau“ und der Breslauer Fliegerschule Kleist & Co. zuzuschreiben. Die Betriebsergebnisse haben sich im allgemeinen von Jahr zu Jahr gesteigert. Der Gesamtumschlag (planmäßiger und außerplanmäßiger Luftverkehr) erbrachte in den einzelnen Jahren folgende Zahlen:

Jahr	Starts und Landungen	Fluggäste	Rund kg Fracht
1923	2926	1308	
1924	3003	1600	
1925	2086	1585	
1926	5041	4080	16 000
1927	3858	5602	72 700
1928	5010	6545	82 600
1929	5852	6896	114 500
1930	8635	9004	221 600
1931	10301	8768	160 000

Als außerplanmäßiger Luftverkehr sind die Starts und Landungen sämtlicher Flugzeuge, die nicht den Verkehrsgeellschaften gehören, zu rechnen. Es fallen hierunter sämtliche Sportflüge, die Flüge des „Flugdienstes Breslau“ und der Fliegerschule Kleist & Co.

Der Flughafen Breslau hat durch die Fertigstellung seiner neuen Halle in seinem Ausbau einen großen Schritt nach vorwärts getan. Er verfügt jetzt über alle technischen Einrichtungen, die ein moderner Flughafen für Tagesluftverkehr besitzen muß. Durch die in den letzten Jahren erbaute eigene Flughafenfunkstelle und den Weiler ist die Gewähr gegeben, daß im planmäßigen Luftverkehr regelmäßig, also auch bei ungünstigen Wetter gelingen werden kann.

Verkehrstechnisch liegt der Flughafen zur Stadt in Breslau ganz besonders günstig. Nur einige wenige der deutschen Flughäfen können das gleiche von sich behaupten, da sehr viele Flughäfen in Deutschland mehr als 10 bis 15 Kilometer vom Mittelpunkt der dazugehörigen Stadt entfernt liegen. Der Flughafen Breslau ist dadurch, daß er alle an ihn gestellten Anforderungen erfüllt, ein Hafen 1. Ordnung.

Seine Verwaltung wird durch die Flughafen Breslau G. m. b. H., an welcher das Deutsche Reich, der Freistaat Preußen und die Stabgemeinde Breslau beteiligt sind, ausgeübt. Da mehrfach in der Breslauer Presse Irrtümer über die Kompetenzfrage der einzelnen Stellen der Breslauer Luftfahrt eingetreten sind, legt der Flughafen Wert darauf, festzustellen, daß die Geschäfte der Flughafenverwaltung lediglich Flughafenleiter Herr Schroeder, der Geschäftsführer der Flughafen Breslau G. m. b. H. ausübt, während Fragen des Luftverkehrs, die die Streckenführung betreffen, durch die Schlesische Luftverkehrs A. G., Herrn Zimmer-Vorhaus, bearbeitet werden. Die Deutsche Luft Hansa A. G. übt den Luftverkehr auf allen den Breslauer Hafen anliegenden Strecken als Luftverkehrsgesellschaft aus.

Der Flugdienst Breslau

Spricht man vom Breslauer Flughafen, so kann man ein privates Unternehmen heute nicht mehr übersehen, das sich ebenfalls trotz der Wirtschaftskrise in aufwärts steigender Entwicklung befindet. Es sind erst knapp zwei Jahre her, daß der Kriegsflieger und Fluglehrer Herr Przibillia hier in Breslau ein privates Luftfahrtunternehmen, den „Flugdienst Breslau“ gründete. In diesen zwei Jahren hat dieses Unternehmen fast 11 000 Fluggäste mit drei Verkehrsflugzeugen befördert. 95 000 Kilometer sind dabei zurückgelegt worden, also ungefähr eine Strecke wie 2mal um die Erde. Da diese Flüge in Schlesien und Rundflüge in Breslau waren, kann man daraus am besten die Notwendigkeit und die Bedeutung dieser Einrichtung erkennen. Fast in allen größeren Orten in Schlesien hat der Flugdienst Flugtage veranstaltet, 75 Orte sind bereits mit diesen Flugzeugen besucht worden.

Die wichtigste Breslauer Einrichtung des Flugdienstes ist noch immer der Rundflug über Breslau, der sich trotz der gesteigerten Wirtschaftskrise immer größerer Beliebtheit erfreut. Für 5 und 6 Mark (ein Kind bereits für 3 Mark) kann man einen solchen Rundflug machen. Diese Rundflüge finden täglich auf dem Breslauer Flughafen statt. Neuerdings finden auch Rundflüge über die Pöbten statt, über die wir noch im besonderen berichten werden. Diese ganze Einrichtung des Flugdienstes ist schon deshalb zu empfehlen, als es sich hier um ein Unternehmen handelt, das keinerlei Subventionen erhält, also ganz auf sich angewiesen ist, was zum Beispiel bei den übrigen Luftfahrtunternehmen nicht der Fall ist. Ueberflüssig zu sagen, daß beim Flugdienst nur absolut sichere und erfahrene Piloten beschäftigt sind und daß jeder Flug einen Genug für jeden Fluggast darstellt.

Wohin will Herr Krebs?

Nach rückwärts jedenfalls, fragt sich aber nur noch wie?

Herr Krebs, seit einiger Zeit wieder einmal Bierde des Breslauer Mittelstandes im Breslauer Stadtparlament, turkos in seinen sich hin und wieder einmal zeigenden „Einfällen“ übertrahste die letzte Stadtratsversammlung mit einer Vertreibung der — Nationalsozialisten, die er sogar für eine geistig bedeutende Partei hielt. Man mußte nach dieser Rede annehmen, daß sich nun der organisierte Mittelstand vollends auf die Seite der Nazis schlagen würde und daß in dem Krebsgang schon so etwas wie eine programmatische Andeutung für die Wahlen. Umso überraschter ist man durch ein Flugblatt des „Rechtsschutzverbandes für Handel, Handwerk und Gewerbe“, daß sich in entschiedener Weise gegen die verlogenen Verurteilungen der Nazis wendet und gegen eine neue Nazi-Schutzgemeinschaft für den Mittelstand loswettert. Vorstehender aber des Rechtsschutzverbandes ist derselbe Herr Krebs, der so laut damals seine Liebe zu den Nazis bekundete. Man sieht also, daß ein Krebsgang ist nicht ganz so einfach. Vor allen Dingen, wenn man dabei den Brotkorb nicht außer Acht lassen will und noch nicht weiß, wo er in den nächsten Wochen bequemer zu erreichen ist.

Berdächtiger Kisten-Transport

nach dem „Braunen Haus“ in der Bischofstraße

Von einigen absolut sicheren Gewährsleuten wird uns folgendes mitgeteilt: Montag vormittag gegen 11 Uhr wurde beobachtet, wie vor dem Braunen Hause in der Bischofstraße der Transportwagen einer hiesigen Großspedition hielt und dann von dem Wagen ungefähr zehn große, 1,50 Meter lange, ein Meter breite und nur 20 Zentimeter hohe Kisten abgeladen wurden. Diese Holzkisten, die den üblichen Gemüstransportkisten verdammt ähnlich sahen, wurden entsprechend ihrem schweren Inhalt von vier Nazijünglingen in das „Braune Haus“ getragen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch ein aufsehender Zivilist von einigen, den Verbrechertyp sehr deutlich zeigenden Nazi davon abgejagt mit der immerhin für die sonstigen „legalen“ Be-

Hast du mittags nichts zu kessen? Freu dich an den Nozi-Treffen!

Einem Radfahrer, der mit dem Abzeichen der Eisernen Front auf der Straße von Neu- nach Altschmiebeseid unterwegs war, begegneten eine große Anzahl von Nazis. Natürlich war sie mutig und daß sich immer, wenn sie in Scharen über einen Einzelnen herfallen können. Man pöbelte den Radfahrer an und riß ihn schließlich vom Rade. Dabei wurde ihm das Hemd aufgerissen. Als ein Landjäger hinzukam, stellte er nur fest, daß das Hemd zerissen sei und da dies nach seiner Meinung kein erheblicher Schaden war, konnte der Radfahrer ruhig weiterfahren. Wenn Landjäger es für ihre Pflicht halten, Kommissaranten beständigen zu lassen, so ist das zumindest eine sehr eigenartige Dienstauffassung.

Freitod nach einem Unfall

Am Rechen der Marienmühle wurde heute früh die Leiche des 24jährigen Monteurs Alwin Sch. aus der Deutsch-Lissaer Straße 293 geborgen. Er hatte im April einen schweren Splitterbruch des linken Unterarmes erlitten und lag bis zum 17. Juli im Bräubrotkloster. An diesem Tage wurde er aus dem Krankenhaus beurlaubt. Da er fürchtete, seinen Beruf infolge der schweren Verletzung nicht mehr ausüben zu können, liegt die Vermutung nahe, daß Sch. in den Fluten der Ober freiwillig den Tod gesucht hat.



Von jeher hält der Schlesier an dem fest, was er einmal als gut erprobt hat. Darum begrüßt er die Wiederkehr der

Rarität^{no} 200

mit ganz besonderer Freude.

teuerungen recht bezeichnenden Bemerkung: Er, der Abgeordnete, habe auf der Hofstraße nichts herum zu stehen. Es ist nun nicht anzunehmen, das in den Kisten von diesem Vorkauf nur Schnitzarbeiten enthalten gewesen sind. Der Vorkauf sei daher der Verteilung in das Polizeivorkaufbüro bestens empfohlen.

Ein alter Topf in neuer Zeit

Ein interessanter Streitfall vor dem Bezirksauschuss

Eine außerordentlich interessante Rechtsfrage beschäftigte in seiner letzten Sitzung den Bezirksauschuss. In Breslau gibt es sogenannte Kretschmerhäuser, das sind Grundstücke, mit denen eine dingliche Brauereirechtsgemeinschaft seit Jahrhunderten verbunden ist. Am das Jahr 1700 hat der deutsche Kaiser Leopold die Innungsstatuten der Kretschmerinnungen geordnet und dabei verfügt, daß jeder Besitzer eines Kretschmergrundstückes ohne weiteres in die Innung aufgenommen werden müsse, auch wenn er die sonst vorgeschriebene Vorbildung nicht habe. Dasselbe gilt für Söhne und Schwiegersöhne von Besitzern eines solchen privilegierten Grundstücks. Es gab etwa 150 solcher privilegierten Brauereigrundstücke in Breslau, gegenwärtig wird aber nur in einer sehr geringen Anzahl dieser Grundstücke die Brauereirechtsgemeinschaft ausgeübt. Aber auch wenn die Ausbildung vorübergehend ruht, so kann sie doch jederzeit wieder aufgenommen werden. Für die Ausbildung der Brauerer ist das mit dem Privileg verbundene Recht in die Kretschmerinnung aufgenommen zu werden, deshalb so wichtig, weil die Kretschmerinnung eine große gemeinschaftliche Mälzerei besitzt, deren Gebrauch jedem Mitgliede der Innung freisteht. Man hat deshalb immer auf den Besitz eines Kretschmergrundstückes als Benutzungspflicht dieser gemeinschaftlichen Mälzerei angesehen.

Diese Sachlage hat neuerdings eine ganz merkwürdige Veränderung erfahren. Herr Meißner, der eine größere Anzahl von Gaststätten in Breslau besitzt, sah den Plan, das Bier für diese Gaststätten selbst zu brauen. Um die oben dargelegten Vorteile der Benutzung der gemeinschaftlichen Mälzerei der Kretschmerinnung zu genießen, erwarb er ein altes Kretschmergrundstück, dessen Brauereirechtsgemeinschaft nicht ausgeübt wurde. Er hatte sich vorstichtigweise auch bei dem Innungsstande erkundigt, ob er anstandslos in die Innung aufgenommen werden würde. Man hatte ihn beschieden, daß seiner Aufnahme nichts im Wege stünde, wenn er ein Kretschmergrundstück erworben hätte und die Brauerei dort ausübt. Herr M. kaufte nun seine Brauerei in dem alten Kretschmergrundstück ganz modern aus und stellte den Antrag, in die Innung aufgenommen zu werden, um dann die Innungsmälzerei an der Hammerlei mitbenutzen zu können. Inzwischen hatte sich aber in der Innung eine Strömung gebildet, die der Aufnahme des Herrn M. ablehnend gegenüberstand. Diese Mitglieder brachten nun kurz vor der Abstimmung über die Aufnahme des Herrn M. in die Innung einen Antrag ein, die Innungstatuten dahin zu ändern, daß nur gekerkte Brauer in die Innung aufgenommen werden könnten, daß also der Besitz eines Kretschmergrundstückes allein nicht mehr genügt. Diese Forderung wurde angenommen, von der Aufsichtsbehörde genehmigt und die Aufnahme des Herrn M. auf Grund dieser Satzungsänderung kurz darauf abgelehnt. Wenn auch dieses Vorgehen äußerlich korrekt erschien, so fragte doch Herr M. durch seinen Rechtsbeistand auf Ungültigkeit seiner Ablehnung vor dem Bezirksauschuss. Dieser führte vor dem Bezirksauschuss aus, daß diese Art der Statutenänderung gegen Treu und Glauben verstoße, denn sie sei lediglich deshalb vorgenommen worden, um die Aufnahme des Herrn M. aus Konkurrenzgründen zu hindern. Dann aber sei es überhaupt fraglich, ob die dringlich mit dem Kretschmergrundstück verbundene Berechtigung der Innung, betreten zu dürfen und die gemeinschaftliche Mälzerei mitbenutzen zu dürfen, nicht ein privates Sonderrecht jedes Eigentümers eines Kretschmergrundstückes darstelle, dessen Befreiung oder Einengung nicht durch einen Innungsbeschluß erfolgen könne. Der Vertreter der Innung, Herr Justizrat Cyprian, verweigerte demgegenüber darauf, daß der Innungsbeschluß über die Satzungsänderung ordnungsgemäß zustande gekommen sei. Der Bezirksauschuss erklärte, daß die Innung als freie Innung über Veränderungen ihrer Satzungen frei beschließen könne und wies die Klage des Herrn M. ab.

Mietbeihilfen aus Anlaß des Wegfalls des Hauszinssteuererlasses

Durch die Preussische Verordnung zur Sicherung des Haushaltes vom 8. Juni 1932 sind die Vorschriften in Artikel 1, § 9, Absatz 2, Ziffer 1a und 1b, der Hauszinssteuerverordnung mit Wirkung vom 1. Juli 1932 ab aufgehoben worden, das heißt, von da ab werden Hauszinssteuerbefreiungen und Kreditverleihen zugunsten hilfsbedürftiger Mieter hinsichtlich ihrer Wohnung nicht mehr gewährt. Die über den 30. Juni 1932 hinaus von den Steuerstellen bereits ausgesprochenen Stundungen sind damit aufgehoben. Hauszinssteuerbefreiungen zugunsten von Mietern können in Zukunft nur noch für gewerbliche Räume gewährt werden. Dafür können die Fürsorgeverbände hilfsbedürftigen Mietern Mietbeihilfen nach Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Einzelfalle gewähren. Diejenigen Mieter, die vom Fürsorgeamt oder vom Arbeitsamt laufend Unterstützung erhalten, haben keinen Antrag zu stellen, bei ihnen wird vielmehr von Amtswegen entschieden, ob eine Mietbeihilfe notwendig ist. Alle übrigen Personen, die bisher Hauszinssteuererlasse hatten, aber vom Fürsorgeamt oder Arbeitsamt nicht bedient werden, erhalten in Kürze von Amtswegen Nachfrist. Von der Bewilligung oder Ablehnung einer Mietbeihilfe erhält in jedem Falle der Mieter und der Vermieter Nachricht. Soweit Unterstützungen an Stelle des weggefallenen Hauszinssteuererlasses bewilligt werden, werden diese vom Fürsorgeamt unmittelbar an die zuständigen Steuerstellen übersiesen.

Zum Weggange von Akademie-Direktor Oskar Wolf

Wenn in diesen Tagen Professor Oskar Wolf, der Direktor der Breslauer Kunstakademie, Breslau verläßt, so läßt diese Tatsache, die in der Geschichte der Breslauer Kunstakademie begründet ist, noch einmal den Gedanken an den noch in letzter Stunde mit großer Energie geführten Kampf gegen die Schließung der Akademie wieder aufleben. Seit 1925 hat Professor Wolf als Direktor geführt, schon seit 1920 war er an ihr als Lehrer tätig. Es war leicht für sein diplomatisches Geschick nicht leicht, seinen Willen durchzusetzen, und man kann nicht sagen, daß die Breslauer öffentliche Meinung seiner Arbeit helfend oder auch nur immer gerecht zur Seite gestanden hätte. Als Rektor ist Oskar Wolf im Laufe der Jahre aus durch manche Ausstellung in seiner künstlerischen Entwicklung und in seiner Eigenart immer wieder deutlich geworden. Seine Wirksamkeit als Lehrer, die er namentlich an der Döllschüler Akademie hervorgebracht hat, war nicht weniger beachtenswert. Oskar Wolf als erster Direktor der Akademie hat die Richtung im Sinne einer von der Akademie her ausgehenden Entwicklung vorgezeichnet und hat die Akademie zu einem der wichtigsten Kulturzentren in Breslau gemacht. Es ist das eine Aufgabe, die nicht leicht zu bewältigen ist. Sie hat aber in Oskar Wolf einen Mann gefunden, der sie mit großer Energie und Ausdauer bewältigt hat. Die Akademie hat unter seiner Leitung einen großen Aufschwung erlebt. Es ist das eine große Leistung. Sie hat die Akademie zu einem der wichtigsten Kulturzentren in Breslau gemacht. Es ist das eine Aufgabe, die nicht leicht zu bewältigen ist. Sie hat aber in Oskar Wolf einen Mann gefunden, der sie mit großer Energie und Ausdauer bewältigt hat. Die Akademie hat unter seiner Leitung einen großen Aufschwung erlebt. Es ist das eine große Leistung. Sie hat die Akademie zu einem der wichtigsten Kulturzentren in Breslau gemacht.

Wegen des Demonstrationsverbotes

fällt der geplante Ummarsch des Reichsbanners aus. Der Umarsch in der Halle findet wie üblich statt.

Graphische Hammerschaft

Selbstverständliche Pflicht all unserer Kollegen ist die Teilnahme an der heutigen Heilmann-Rundgebung. Wir treten mit den übrigen Hammerschaften 19.30 Uhr im Rundgang (Nord) der Jahrhunderthalle an.

Hammerschaft der Metallarbeiter

Teilnahme der sich zur Eisernen Front belappenden Verbandkollegen an der heutigen Rundgebung in der Jahrhunderthalle ist Pflicht. Untreten möglichst in Arbeitsbluse um 19.30 Uhr an der Garderobe im nördlichen Rundgang der Halle.

Achtung, Frauen und Mädchen der Abteilung Südwest!

Mittwoch, 20 Uhr, findet bei Bräuer, Gählfstraße, eine Frauen-Werbereisammlung statt. Genosse Herbert Pöbe ist als Redner anwesend. Mitwirkung: Spiegelgruppe Rote Blüten! Genossinnen erscheinen recht zahlreich zu der Versammlung, bringt bekannte Frauen mit!

Wichtige Versammlung für Gewerksolose

Sämtliche in unsere Gewerksoloseingemeinschaft eingeschriebenen gewerksolosen Parteigenossen, Reichsbannerkameraden und Hammerschaftler müssen in der am Donnerstag, den 21. Juli, vormittags 9 Uhr stattfindenden Gewerksolosen-Versammlung im Kleinen Saal des Gewerkschaftshauses bestimmt erscheinen. Tagesordnung: „Der SPD-Gewerksolose im Wahlkampf.“ J. A. Gewerksolosenauschuss der SPD, Groß-Breslau.

Wichtig für Gewerksolose

Alle gewerksolosen Mitglieder der SPD, und des Reichsbanners haben sich bald in den bereits eröffneten Gewerksolosenheimen der Partei täglich einzufinden. Meldungen in jedem Fall bei den Heimoblasten.

Pionierleitung Deputat für Gewerksolose

Mittwoch, den 20. Juli 1932, 20 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6, eine

wichtige Zusammenkunft aller parteigenösslichen Straßenbahner

Mittwoch, den 20. Juli 1932, 20 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 6, eine wichtige Zusammenkunft aller parteigenösslichen Straßenbahner statt. Tagesordnung: Die politische Lage und die Neuorganisation der Partei. — Wir erwarten, daß jeder parteigenössliche Straßenbahner an dieser Versammlung teilnimmt. Die Funktionäre der SPD-Straßenbahner.

Öffentliche Frauen-Abteilungs-Versammlung

Gräßlicher-Kleinburg (Distrikte 2, 35, 36, 38) Freitag, 22. Juli, 20 Uhr, Jägerhof, Gräßlicher Str. 181. Parole: Rechte Selbstbestimmung!

Ansprache, Musik, Sprecher der Roten Falken, Einzelregulationen, Wahlzettel der Arbeiterjugend. Keine Genossin darf fehlen. Jede bringt Getränke mit.

Mittwoch, den 20. Oktober, 20 Uhr, findet bei Karrajsch Breslan-Groß-Tischang eine

Frauen-Wahl-Versammlung

Mittwoch, den 20. Oktober, 20 Uhr, findet bei Karrajsch eine Frauen-Wahl-Versammlung statt. Als Referent ist Genosse Ernst Zimmerer anwesend. Umrahmt wird der Abend mit Regitationen und Musik.

Eiserne Front

Freitag, 20. Juli,

Engwicht, Schmiedefeld

öffentliche Kundgebung

Redner: Genosse Schäffer

bestimmten Auffassung von Direktor Wolf die Akademie die Grenzen nicht verweisen, sondern das fröhliche Bewußtsein schulen. Seinem Glauben ist es auch zu verdanken, daß Wolf befand sich in der Übergangsphase mit den anderen Tendenzen unseres Kultur- und Arbeit der Gesellschaft der Kunstwelt, daß für die Probleme heutiger Kunst auch in weiteren Kreisen Verständnis geweckt wurde. Es brang seine Förderung nach prinzipieller Vertiefung in das gesamte Breslauer Kunstleben. In die letzte Zeit des Bestehens der Breslauer Akademie stellen die Auseinandersetzungen über die beste Art, den Verhältnissen in Schlesien entgegen, die Verbindung zur Praxis zu finden und aufzunehmen. Es haben mancherlei Diskussionen über die Aufgaben der Kunstakademie, eine Annäherung an die Kunstgewerkschule, Entschieden, über die Möglichkeit des Aufgehens der einen Schule in der anderen, die Neubildung einer Schule der Gestaltung, die der Wirklichkeit des Lebens dient. In einer Lösung dieser Fragen ist es nicht gekommen, doch war unerschütterlich die Arbeit von Direktor Wolf, im Saal der Architektur und der kunstgewerblichen Vertiefung eine Erweiterung vorzunehmen, die die künstlerischen Bedürfnisse der Zeit und den Bedauern über das Verschwinden der Breslauer Akademie verbunden hat die Ueberzeugung, daß die Arbeit, die für Direktor Wolf geleistet hat, doch nicht zu Ende gewesen ist. So wenig Kunst und Leben sich trennen können, so wenig kann die Arbeit der Akademie in der Vergangenheit bleiben, sondern sie muß sich an die neue Aufgabe stellen, die sie heute hat. Es ist das ein Auftrag, den wir uns heute stellen müssen. Es ist das eine große Aufgabe, die nicht leicht zu bewältigen ist. Sie hat aber in Oskar Wolf einen Mann gefunden, der sie mit großer Energie und Ausdauer bewältigt hat. Die Akademie hat unter seiner Leitung einen großen Aufschwung erlebt. Es ist das eine große Leistung. Sie hat die Akademie zu einem der wichtigsten Kulturzentren in Breslau gemacht.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Zentrale: Döllschüler-Platz, Zimmer 167-170. Telefon Nummern 900 60 - 500 61. Öffnet außer Sonnabend von 6-8 und 6-12 Uhr.
Distriktsabrede: Heute, 19.30 Uhr, müssen alle Distrikts- und Stützgruppen im Rahmen der Jahrhunderthalle sein. Material im Parteisekretariat abholen.
Abteilung Südwest: Am Mittwoch, 20. Juli, 20 Uhr, findet bei Bräuer, Gählfstraße, eine Frauen-Werbereisammlung statt. Redner: Genosse Herbert Pöbe. Mitwirkung: Spiegelgruppe Rote Blüten! Genossinnen erscheinen recht zahlreich zu der Versammlung, bringt bekannte Frauen mit.
Abteilung Jüngerer Stadt (Distrikte 19 und 34): Das Gewerkschaftsheim der „Jüngerer Stadt“ befindet sich am Mittwoch, den 20. Juli, der Grotzschloß, Neumarkt 20.
Abteilung Jüngerer Stadt: Freitag, den 22. Juli, 20 Uhr, bei Wittke, Jüngerer Straße, Abteilungs-Neuaufrüstungsversammlung. Redner: Genosse W. I. a. u.
Abteilung 24. Donnerstag, 21. Juli, findet im Lokal bei Galdmann, Paulstraße 4, eine außerordentliche Distriktsversammlung statt. Thema: Die Abänderung der Arbeitslosenversicherung auf Grund der Arbeitslosenversicherung vom 14. Juni 1932. Referent: Genosse Galdmann. Die Mitglieder der Abteilung Südwest sind dazu eingeladen.
Abteilung 43. Mittwoch, 20. Juli, 20 Uhr, bei Karrajsch, Grotzschloß, Frauen-Werbereisammlung. Wir treffen uns heute 18.18 Uhr zur Kundgebung am Nordwall, Döllschüler-Platz.

Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten

Heute, 19.30 Uhr, treffen in der Jahrhunderthalle (Wandbühnen), im Kleinen Saal der Jahrhunderthalle, alle Mitglieder der Gruppen, abends 8 Uhr. Genossen aus unseren Reihen sprechen über das Thema: „Eiserne Front — Einheitsfront.“

Frauenabteilung

Wir treten 19.30 Uhr im nördlichen Rundgang der Jahrhunderthalle an, Mittwoch, 19. Juli, Auguststraße 28, in der Turnhalle. Alles pünktlich erscheinen!

Sozialistische Arbeiterjugend

Heute, 19.30 Uhr, treffen in der Jahrhunderthalle (Wandbühnen), im Kleinen Saal der Jahrhunderthalle, alle Mitglieder der Gruppen, abends 8 Uhr. Genossen aus unseren Reihen sprechen über das Thema: „Eiserne Front — Einheitsfront.“

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderzweige Breslau

Abteilung, Eltern! Die Anmeldungen für das Ferienlager im Naturschutzgebiet des Rastbachs müssen pünktlich am morgigen Mittwoch, den 11. und 12. Juli, im Gewerkschaftshaus (Zimmer am Döllschüler-Platz) abgegeben sein. Wir kommen namentlich den Eltern mit dem Verlangen zu, die Wache zu ermöglichen. Abgabezeit vom 25. bis einschließlich 30. Juli. Spätere Meldungen werden nicht mehr berücksichtigt.
Abteilung 43 (Mittelsitz): Mittwoch, Auguststraße 28, Treffpunkt 15 Uhr, am Westpark. Donnerstag im Heim von 17-19 Uhr; Freitag Auguststraße 28, Treffpunkt 15 Uhr, am Westpark.

Nonstliche Jugend

Zentrale Gräßlicher Str. 181, heute, 19.30 Uhr, alles im Heim.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Mittwoch, den 20. Juli, 19.30 Uhr, findet bei Karrajsch eine wichtige Zusammenkunft aller parteigenösslichen Straßenbahner statt. Tagesordnung: Die politische Lage und die Neuorganisation der Partei. — Wir erwarten, daß jeder parteigenössliche Straßenbahner an dieser Versammlung teilnimmt. Die Funktionäre der SPD-Straßenbahner.

Mittwoch, den 20. Oktober, 20 Uhr, findet bei Karrajsch eine Frauen-Wahl-Versammlung statt. Als Referent ist Genosse Ernst Zimmerer anwesend. Umrahmt wird der Abend mit Regitationen und Musik.

Mittwoch, den 20. Oktober, 20 Uhr, findet bei Karrajsch eine Frauen-Wahl-Versammlung statt. Als Referent ist Genosse Ernst Zimmerer anwesend. Umrahmt wird der Abend mit Regitationen und Musik.

Bereinständiger

Vorversammlung, Tagesordnung: Bericht über die Arbeit der Gruppe. Treffpunkt: 19.30 Uhr, am Westpark.

Schlafpulver in zu großen Dosen

Im Silberkloster ist am Sonntagabend der 60jährige Keller Ernst B. gestorben, der im Laufe des Vormittags eingeliefert worden war. Er hatte die Gewohnheit, stets ein Schlafmittel einzunehmen, was er auch am Sonntagabend getan haben dürfte. Als ihm am Sonntag seine Ehefrau werden wollte, erwiderte er jedoch nicht, so daß ein Arzt herbeigerufen werden mußte, der die Ueberführung in das Krankenhaus veranlaßte. Wahrscheinlich hatte B. an diesem Tage eine zu große Dosis seines Schlafmittels genommen und ist an der Wirkung gestorben.

Dachstuhlbrand im Siedlungshaus

Heute morgen erfolgte ein Alarm der Feuerwehr nach der Stürmstraße in Breslau-Goldschmieden. Dort war der Dachstuhl eines Siedlungshauses (Kuehn) wahrscheinlich durch Unvorsichtigkeit in Brand geraten. Der Boden und die Deckenverkleidung wurden vom Feuer fast gänzlich zerstört, auch waren die Balken bereits stark angekohlt. Das Feuer wurde von der Breslauer Berufsfeuerwehr sowie den freiwilligen Feuerwehren Breslau-Deutsch-Lissa und Breslau-Goldschmieden mit drei Schlauchleitungen angegriffen. Nach dreierstündiger Tätigkeit konnte die Meldung „Feuer aus“ gegeben werden. Die Aufräumarbeiten dauerten bis gegen 7 Uhr an.

Die Photographie als wissenschaftliches Hilfsmittel

Eine Neuentrichtung der Staats- und Universitätsbibliothek. Ohne die Photographie ist wissenschaftliche Forschung heute nicht mehr denkbar. Das gilt nicht allein für die Naturwissenschaften, sondern auch für die Geisteswissenschaften. Wir haben, der mit Handdrucker, Briefen und Urkunden, alten und neuesten Drucken zu arbeiten hat, bedeutet für eine große Erleichterung; nimmt sie ihm doch das zeitraubende und oft sehr anstrengende Abschreiben und Entziffern ab und liefert ihm originalgetreue, leicht zur Verfügung stehende „Abdrücke“. Besonders, wenn man gelernt hat, den teuren und unerschöpflichen Weg über die photographische Platte oder den Film zu vermeiden und mit Hilfe von Spiegel direkt auf das Papier zu photographieren, ist das Verlangen nach wissenschaftlichen Aufnahmen, die Photographie in ihrer vollen Blüte zu erhalten, ständig gewachsen. Um dem entgegenzukommen, hat die Staats- und Universitätsbibliothek Breslau eine Einrichtung geschaffen, die „Schwarz-Weiß-Photographien aus nächster Nähe“ (nur etwa ein Drittel der Größe für Plattenaufnahmen) herzustellen. Die besonders wichtige Aufgabe dieser Einrichtung ist es, die wertvollen Originalaufnahmen (über 30 Millionen) eines erheblichen Teils des Bestandes zu sichern. Die Abnahme, Sommer-Wahl-Aufnahmen auf billige und bequeme Weise herzustellen existierte bislang in Breslau nicht. Deshalb dürfte die neue Einrichtung besonders an den zahlreichen Gelehrten, die sich mit mittelalterlichen Quellen beschäftigen, warm begrüßt werden. Nebenbei sei noch bemerkt, daß mit der gleichen Einrichtung auch Plattenaufnahmen von 9/12-30/40 hergestellt werden können, was besonders den Kunsthistorikern willkommen sein wird.

Alles heraus!

Zur Kundgebung heute abend 20 Uhr, in der Jahrhunderthalle spricht der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion

Ernst Heilmann

Karten bei den bekannten Verkaufsstellen rechtzeitig sicher!

Stimmabgabe im Reiseverkehr

Bei der kommenden Reichstagswahl werden, wie verlautet, für den Inlandsreiseverkehr über weite Strecken und für die am Wahltag nach dem Auslande fahrenden und von dort zurückkehrenden Reisenden auf besonders wichtigen Bahnhöfen Wahlmöglichkeiten geschaffen. Diese besondere Einrichtung gilt für solche Reisende, die innerhalb der allgemeinen Abstimmungszeit von 8-17 Uhr von den gewöhnlichen Abstimmungsmöglichkeiten keinen Gebrauch machen können. Gleichzeitig wird dadurch den in den Fernzügen dienftunfähigen Beamten der Reichsbahn Gelegenheit gegeben, ihrer Wahlpflicht Genüge zu tun. Folgende Bahnhöfe sind für diese Einrichtung in Aussicht genommen: Magden, Augsburg, Bentheim in Berlin: Anhalter, Friedrichshagen, Görlitz, Lehrter, Potsdamer, Schleißer, Stettiner, Zoologischer Garten-Bahnhof, Ferner Bremen, Bielefeld, Charlottenburg, Cransburg, Deutsch-Eylau, Dresden, Emmersloh, Erfurt, Hensburg, Frankfurt a. M., Freiburg i. B., Freilassing, Friedrichshafen, Groß-Börsch, Hamburg, Hannover, Inkerburg, Karlsruhe, Kehl, Koblenz, Köln, Königsberg, Konstanz, Leipzig, Lindau, Marienburg, Mittenwald, München, Münster (Westf.), Nürnberg, Passau, Regensburg, Sankt, Stettin, Stuttgart, Tilsit, Trier, Wernsmünde. Die Abstimmungszeiten auf den einzelnen Bahnhöfen sind aus Merkblättern zu ersehen, die in den Zügen ausliegen werden. Selbstverständlich können nur solche Reisende von dieser Abstimmungsmöglichkeit Gebrauch machen, die einen Wahlchein besitzen.

Die roten Fahnen mit drei weißen Pfeilen sind in der Buchhandlung, Flurstraße 4, zu haben. Preis 60 Pf. Die drei Pfeile sind aufgenäht, daher besonders dauerhaft, und nicht abfärbend.

Vorsichtsmaßnahmen zur Verhütung von Kellerüberschwemmungen bei größeren Regengüssen

Mit dem Eintritt der wärmeren Jahreszeit wiederholen sich die alljährlichen Klagen der Hausbewohner über die häufigen Kellerüberschwemmungen der Kellerräume, die in den meisten Fällen nur bei großen Gewitterregen oder während langer Regenperioden in Erscheinung treten. Infolge der vielen in den Kellerräumen untergebrachten Wohnräume, kleinen Verkaufsläden und der den Hausbewohnern gehörigen Brenn- und Lebensmittelvorräte, wird bei den Kellerüberschwemmungen in erster Linie über die städtischen Rohrnetze um Hilfe angerufen werden, wodurch diesen Dienststellen sehr erhebliche Gebäudeforderungen entstehen. Bei dem Nachforschen nach den Ursachen dieser Kellerüberschwemmungen ist durch die Kriminalpolizei fast ausnahmslos festgestellt worden, daß diese Uebelstände entweder durch Fehler in der Hausentwässerungsanlage selbst oder durch nicht zweckmäßige Bedienung und Söckigung der in die Rohrleitungen eingebauten Rücklaufklappen und der Reinigungsöffnungen verursacht werden. Die in den Hausbestreitungen verbreitete Ansicht, daß die auftretenden Mängel hauptsächlich durch die zu klein ausgeführten Rohrquerschnitte der städtischen Kanalisationsanlagen zurückzuführen sind, trifft nicht zu, da bei keiner analysierten Stadt die Kanalisations-Querschnitte aus finanziellen Gründen so groß gewählt werden können, daß sie die stärksten Regengüsse vollkommen ohne jede Störung abführen können. Aus diesem Grunde sind für die unter der Straße liegenden Aborte, Ausgüsse usw. die Rücklaufklappen eingebaut, die, wenn sie in Ordnung sind und rechtzeitig bedient werden, in jedem Falle die Kellerüberschwemmungen verhindern. Es kann daher der Magistrat weder für die bei den Kellerüberschwemmungen auftretenden Schäden, noch für die Kosten der Wasserbeseitigung haftbar gemacht werden. Um die Kellerüberschwemmungen zu vermeiden, sind die nachstehenden Richtlinien zu beachten:

- Alle Abflusstellen, die mit ihrer Oberkante 30 Zentimeter unter dem Straßengelände liegen, müssen durch die in die Grundleitung eingebaute doppelte Rücklaufvorrichtung gesichert sein.
 - Alle Rücklaufklappen sind dauernd betriebsfähig zu halten.
 - Die in den Entwässerungsrohren eingebauten Reinigungs- vorrichtungen müssen dauernd luft- und wasserdicht abgedichtet sein.
 - Unbenutzte Abweichtellen in den Abflusleitungen sind wasserdicht abzuschließen.
 - Ungezielte Abflüsse sind zu erneuern, oder durch Bleiplatten und Rohrwickeln luftdicht zu dichten.
- Für alle durch Rohrbrüche vorstehende Art entstehenden Schäden ist die Heranziehung einer städtischen Dienststelle zur Instandsetzung notwendig, müssen die ortsüblichen Gebühren gezahlt werden.

Hornissen-Schwarm am Küchenfenster
Gegen 18,30 Uhr wurde die Feuerwehr zur Hilfeleistung nach der Julius-Schottländer-Straße 4 gerufen. In der dort gelegenen Villa hatte sich in dem Salonfenster des Küchenfensters ein Hornissen-Schwarm festgesetzt. Durch Abtrennen von Papier wurden die Hornissen und ihre Brut beseitigt.

Selbstmord
In seiner Wohnung in der Deutsch-Dissaer Straße hat sich ein Mann in den Abendstunden des Montags der Dachdecker Karl A. erschossen. Wahrscheinlich haben ihn Familienstreitigkeiten veranlaßt, freiwillig mit dem Leben Schluß zu machen.

Wasserstand			
	19.7.	18.7.	17.7.
Kantern (Unter-Regel)	197	129	252
Dobemilich	132	129	254
Abflussmenge (abends)	0.47	-0.81	1.45
Wasserstand (abends)	1.78	1.74	1.11
Wasserstand (morgens)	1.45	2.25	0.78
Wasserstand (mittags)	1.32	1.14	2.27

Rundfunk von heute
Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer
Am Dienstag hört der Arbeiterhörer um 17,30 Uhr Erich Landsberg, der von einem topographischen Spaziergang im alten Breslau berichtet.

Arbeiter-Sport

Heute 19,45 Uhr Auftreten in Sportkleidung im Vorabend der Jahrhunderthalle zum Aufmarsch der Eiserne Front.

Leichtathletik-Bericht des 14. Kreises vom 2. Quartal 1932

Den eingegangenen Berichten entsprechend müßte man annehmen, daß die Leichtathletik in Schlesien schon im 2. Quartal den Winterhies abgesehen habe. Es ist doch für alle Bezirke von Bedeutung, wenigstens viermal im Jahre einen zusammengefaßten Kreisbericht in „Wurf und Ziel“ und im „Mitteilungsblatt“ zu Gesicht zu bekommen. 4., 6. und 10. Bezirk, die gut arbeitende Sportvereine und demnach auch gut verlaufene Veranstaltungen haben, lassen gar nichts von sich hören. Hier scheint die örtliche Tagespresse zu genügen. Aber andere Bezirke sind schließlich auch einmal interessiert, zu hören, was in Hirschberg, Reichenbach, Striegau usw. in der Leichtathletik geboten wird. Dienstmals ist nur vom 1., 2. und 8. Bezirk wesentliches zu veröffentlichen.

1. Bezirk: Waldau in Deutsch-Dissa mit annehmbarer Beteiligung. Bei einem Athletenvereinsportfest in Breslau wurde beim Weitsprung von einem Breslauer Genossen trotz schlechter Anlaufbahn die Sechsmetergrenze überprungen. Die Breslauer Straßenläufe als Auftakt zum „Rak“ hatten dieses Jahr eine Rekordbeteiligung von 1200 Aktiven. Hier konnten unsere Sportler noch mit glatten roten Fahnen aufmarschieren und demonstrieren, während acht Tage später beim „Rak“ nur noch bedruckte Fahnen zum Festzug zugelassen wurden. Der Reichsarbeiter-Sporttag in Breslau Deutsch-Dissa, Neutirch und weitere hätten trotz schlechter, wirtschaftlicher Verhältnisse denselben Besuch aufzuweisen, wie in den Vorjahren. In Breslau Sonnabend vorher Jugendkundgebung im Naturtheater mit gutem, werbenden Erfolg. Der Sportleiter-Kursus am 29. Mai hätte sich kürzerer Beteiligung erfreuen können. Ein dreitägiger Sportleiterkursus unter Leitung des Gen. Thier fand im Zeichen schwerer, wirtschaftlicher Not. Nicht allen Bezirken war es möglich, den wichtigen Kursus zu besuchen.

2. Bezirk: Der Bundeslauf, in den Gruppen durchgeführt, hatte unter Regen zu leiden. Am 18. und 19. Juni Sportplatzweise in Rynau. Gute Leistungen wurden bei verhältnismäßig schwacher Beteiligung der Leichtathletik erreicht.

8. Bezirk: Die Aktivität wie in den vergangenen Jahren ist in diesem in der Leichtathletik mit ansehender Stelle lebenden Bezirk noch nicht erreicht. Vereinsberichte gehen an den Bezirksportwart selten ein. Berichte müssen erst aus der Tagespresse zusammengestellt werden. Der Werbelauf für auch hier unter der schlechten Witterung. Immerhin noch 400 Aktive und 230 Klüber. Der „Rak“ wurde in Neutirch am 5. 6., in Rohenau am 19. 6. und vom Saganer Sportartell am 28. 6. in Lichtebad durchgeführt. Grünberg feierte sein 25jähriges Bestehen, bestens unterstützt von Neutirch. Bestzeit im 100 Meter-Lauf 11,8 Sekunden.

Im 3. Quartal sind die Leichtathletikmeisterschaften unseres Bundes in Dresden zu vermerken. Zuschüsse von Gemeinden, Kreis, Bezirken werden kaum zu erwarten sein, so daß die Beteiligung schlesischer Leichtathleten sehr gering sein wird. Zu dem am 4. September angelegten Alterstreffen müßten aller Orten auch leichtathletische Wettkämpfe und Staffeln ausgeschrieben werden. Am 11. September müssen die leichtathletischen Serienmannschaftskämpfe in den Bezirken durchgeführt werden. Mannschaftstärke: 5 Genossen oder Genossinnen. Die Wettkämpfe seien hier nochmals vermerkt.

Männer-Fünf-Kampf: 200 Meter, Hoch- und Weitsprung mit Anlauf, Speer und Diskus. Jugend-Dreitampf: 100 Meter, Hochsprung, Diskus.

Sportlerinnen-Dreitampf: 100 Meter, Weitsprung mit Anlauf, Kugelstoßen 4 Kilogramm, Altersportler-Dreitampf: 100 Meter, Weitsprung mit Anlauf, Schleuderball.

Der 1. Bezirk führt infolge Platzmangels seine Vereinsmannschaftskämpfe schon am 28. August beim Vereinsportfest der Freien Turnerschaft Breslau durch. Bericht vom 3. Quartal an Euren Kreisvorsitzenden pünktlich. Erich Trupple.

Gesellschaftsspiel am Mittwoch, den 20. Juli:

- 18,00 Uhr: Halle III — Wf. III; Neutirch; Jerta.
Sonnabend, den 23. Juli:
18,00 Uhr: Halle I — Wf. I; Neutirch; 114.
16,30 Uhr: Halle II — Wf. II; Neutirch; Blaugelb.
18,00 Uhr: Freie Sportfr. II — Silesia-Riders II; Westpark; 3.
16,00 Uhr: Freie Sportfr. III — Silesia-Riders III; Westpark; 54.

Serienspiele am 24. Juli

- 17,30: Trebnitz I — Kolenthal I; Trebnitz; 41.
10,00: Jerta I. Jugend — Freiheit I. Jugend; Gräbchen; 49.

Gesellschaftsspiele am 24. Juli

- 18,00: Kamallen I — Ostw. I; Kamallen; 20.
18,00: Wf. I — Freie Sportfreunde I; Gaudau; 89.
18,00: Union I — Jerta I; Deutsch-Dissa; 108.
18,00: Stern I — Wf. I; Gräbchen; 178.
18,00: 1930 I — Wf. I; Maria-Höfen; 98.
17,30: Kanth I — Wf. I; Kanth; 8.
17,30: Nemanna I — Herold I; Kanfern; 104.
17,30: Hundsfeld I — Brattslawia I; Hundsfeld; 74.
17,30: Wf. I — Tasmania I; Herrmannsdorf; 119.
17,30: Halle I — Südost I; Neutirch; 188.
17,30: Wf. I — Wader I; Ostschin; 102.
17,00: Einigkeit II — Eichenlaub I; Groß-Rochbern; 182.
17,30: Südost II — Freiheit I; Klentendorf; 116.

II., III. und IV. Mannschaften.

- 18,00: Kanth II — Einheit II; Kanth; Kamallen.
15,45: Wf. II — Jerta II; Ostschin; Freiheit.
16,45: 1930 II — Wf. II; Maria-Höfen; 1928.
15,30: Wf. II — Nemanna II; Herrmannsdorf; Union.
16,00: Stern II — 1924 II; Gräbchen; Blauweiß.
15,30: Hundsfeld II — Brattslawia II; Hundsfeld; Silesia-Rid.
15,00: Nemanna II — Herold II; Kanfern; Herrmannsdorf.
15,30: Kanth II — Wf. II; Kanth; Freiheit.
15,00: Union II — Jerta II; Deutsch-Dissa; Eintracht.

- 16,00: Kamallen II — Ostw. II; Kamallen; Kanth.
15,00: Trebnitz II — Kolenthal II; Trebnitz; Hundsfeld.
15,00: Südost III — Freiheit II; Klentendorf; Kanth.
15,00: Einigkeit III — Eichenlaub II; Groß-Rochbern; Südost.
13,30: Trebnitz III — Kolenthal III; Trebnitz; 41.
14,00: Wf. III — Wader III; Ostschin; 1930.
14,45: 1930 III — Wf. III; Maria-Höfen; Halle.
9,00: Stern III — 1924 III; Gräbchen; Tasmania.
13,30: Nemanna III — Herold III; Kanfern; Freie Sportfr.
14,00: Kanth III — Wf. III; Kanth; Freiheit.
14,30: Kamallen III — Ostw. III; Kamallen; Wf.
16,00: Wf. III — Freie Sportfreunde III; Gaudau; Einigkeit.

Jugend- und Schülermannschaften.

- 16,30: Trebnitz I — Kolenthal I; Trebnitz; Hundsfeld.
16,00: Halle I — Südost I; Neutirch; Wf.
16,45: Union I — Jerta I; Deutsch-Dissa; West.
10,00: Südost II — Freiheit I; Klentendorf; 1924.
9,00: Südost I Schüler — Freiheit I. Sch.; Klentendorf; Verein.
16,30: Nemanna I. Sch. — Kanfern I. Sch.; Kanfern; Verein.
9,00: Eintracht I. Schüler — Wf. I. Sch.; Wf.; Verein.
10,00: Eintracht II. Sch. — Wf. II. Sch.; Wf.; Verein.
15,30: Halle a. Herren — Südost a. Herren; Neutirch; 1921.

Männer-Wasserballspiele

2. Halbjahr
21. 7. 19,10 Uhr: Nord II — West I; Poseidonbad; Geite.
22. 7. : Kanu I — Nord IV; Poseidonbad; Hoffmann.
25. 7. : Nord IV — Süd I; Poseidonbad; Harte.
26. 7. : Kanu I — Kanu II; Poseidonbad; Striegel.
28. 7. : Ost I — Nord III; Strahlbad; Duschale.
29. 7. : Nord I — West I; Poseidonbad; Striegel.
1. 8. : Kanu I — Süd I; Poseidonbad; Franke M.
2. 8. : Kanu II — Nord IV; Poseidonbad; Kreischmer.
4. 8. : Ost I — West II; Strahlbad; Franke M.
4. 8. : Nord I — Nord II; Westbad; Frei.
8. 8. : West II — Nord III; Westbad; Frei.
9. 8. : Kanu II — Süd I; Poseidonbad; Hoffmann.

Die erstgenannte Mannschaft ist verpflichtet zu hauen und Spielformular, Stoppuhr, Zeitnehmer, Los- und Vorkontrollen sowie Wasserball pünktlich zu stellen.

Wasserspiel am 21. 7. 32: Richter, Kreischmer, Falkenhain, Schwarzbach, Surau, Striegel, E., Striegel, R. Erkleute: Sperling, Ehrlich, Wähländer. Der Wasserballauschuss.

Fußballnotizen

Fußball-Vereinbarungsausschuss. Ladungen für den 25. Juli 1932: 20 Uhr: Vereinsvertreter Kolenthal mit Unterlagen (Schwarze Liste, Genf, Roland (Astania) dazu Vereinsvertreter Astania. 20,15: Vereinsvertreter Wader-Schweidich, dazu Spiel-führer Wader vom Spiel am 10. Juli. Schiri Baule Nr. 241. 20,30 Uhr: Vereinsvertreter Jerta in Sachen Rühle Fritz, dazu Arbeitsauschuss Gen. Walbe. 20,45 Uhr: Brattslawia und West, dazu Gen. Prokrite (West), Gerstmann (Wf.). Weitere Jensen stellen die Vereine selbst. 21,00 Uhr: Vereinsvertreter Borswärts. 21,15 Uhr: Walter Hergert (Wf.). Schiri Gerstmann. 21,30 Uhr: Vereinsvertreter B.F. mit Unterlagen.

Wf. Wader. Freitag, 22. Juli: Bollversammlung im Vereinslokal Schiller, Märkische Straße 20.

Wf. 1925. Dienstag, 19. Juli, 18,30 Uhr: Treffen im Vereinslokal zur Beteiligung am Umzuge der Eiserne Front.

Jugend-Ausschuss. Die mit der Uebernahme Jugend- und Schülerleiter und Jugend-Ausschuss erziehenden Notizen sind falsch. Die Jugendleiter-Halbjahresversammlung findet Sonntag, 24. Juli vorm. 9 Uhr bei Grundmann, Frankfurter Straße statt. Am 24. Juli besteht bis 12 Uhr für Jugend und Schüler Spielverbot. Die Gruppe Dels ist hieron nicht betroffen.

Bezirksvorstand. Betreffs Werbespiel am 24. Juli. Die Abfahrtszeiten für die Jahrtitreden nach Kamslau über Schmarje, Dels, Juliusburg und Bernstadt haben sich geändert. Für die Breslauer Vereine sind folgende Abfahrtszeiten festgelegt: 12 Uhr: Gräbchener Ede-Rochberner Straße 12,10 Uhr: Gräbchener Ede-Reichstraße, 12,20 Uhr: Striegauer Wagh. 12,30 Uhr: Wf. Wader. Die Vereine Schlesien, Ostschin, Sparta, Einigkeit, West und Freie Schwimmer Breslau, haben die Abfahrtszeiten genau inne zu halten. Die II. Mannschaft von Schmarje steht ab 13 Uhr abfahrtsbereit in Schmarje an ihrem Vereinslokal. Die Abfahrtszeit zur Werbefahrt nach Ohlau ist für den Sportklub Herrmannsdorf auf 11,30 Uhr vom Vereinslokal in Herrmannsdorf angesetzt. — Sämtliche Bezirksvertreter erscheinen heute abend im Bezirkslokal zur Empfangnahme der Propaganda zum Länderkampf Deutschland — Norwegen. — Die Breslauer lassen bis in nächster Nähe von Breslau befindlichen Vereine haben bis zum 25. Juli je einen zuverlässigen, älteren Genossen als Oberer namentlich an Genossen Walbe zu melden. Die Obererkaufkarten geben den Vereinen im Laufe dieser Woche zu. **Wader!** Spielangebot. Waldenburg-Sandberg sucht für zwei Schülermannschaften in Breslau Spielgegner. Bedingung: für 24 Schüler Mittelklasse und 10. — Wf. Jahrtitreden. Rückspiel zu den gleichen Bedingungen. Anschriften an Otto Heine, Waldenburg-Sandberg, Mittelstraße 19.

Wassersport

Freie Schwimmer Breslau. — Abt. Süd. Donnerstag, den 21. Juli, 18 Uhr, im Opernhaus Bada Ablieferung des Teilnehmerbeitrages für die Schülerwanderung.

Klettern

Arbeiter-Athleten-Berein 1911. 22. Juli Mitglieder-Versammlung bei Fiedler, Schweigerstraße 10. Beginn 20 Uhr.

Winkliger Wetterdienst des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Kriehra

(Wetterdienst auch im Gaudauerbezirk erhältlich)
Nach vorübergehender, zum Teil stürmischer Witterung bringen nun Hoch- und niedrigere Luftmassen in Mitteleuropa ein. Die Temperaturen erreichen wieder recht hohe Werte. Bei gelinderen Witterung werden tagsüber 20 Grad nur wenig überschritten. Sonst kommt es aber noch vereinzelt zu Ausdehnung von Gewittern.
Wichtigste Wetterdaten:
Bei unvollständigen Witterungsberichten, nur nach vorübergehender Beobachtung, nur möglich sein.
Wichtigste Wetterdaten:
Freier Nordwest, wechselnde, meist kalte Windrichtung, unregelmäßig hoher, klarer.
Sonntagsbeginn: 4 Uhr; Gewitterbeginn: 24,13 Uhr.

Der Schauplatz des Altonaer Mordverbrechens



Die Straße in dem Viertel Altona, in dem die blutigen Vorfälle stattfanden, die bis jetzt 12 Tote und zahllose Verletzte forderten.

Gesetz und Sender

Andere Länder, andere Rundfunkitten - Deutschlands Sonderstellung Wasserbau regiert die Radiowellen

In diesen Tagen wird über das Schicksal des deutschen Rundfunkwesens entschieden werden. Die beabsichtigte einseitige Politisierung des Rundfunks steht auf der ganzen Welt, mit Ausnahme der Sowjetunion, beispiellos da. Wie ist in anderen Ländern das Verhältnis des Staates zum Rundfunk?

Ein Jahr nach England und Amerika trat Deutschland 1923 in die Reihe der Rundfunkländer ein. Ohne sich allzu sehr auf die im Ausland gemachten funktionsorganisatorischen Errungnisse zu stützen, ging man nach stark staatsmonopolistischen Gesichtspunkten vor. Das Alleinrecht der Reichspost auf sämtliche Nachrichtenübermittlung war die juristische Basis. Daraus resultierte die Rücknahme auf die Eigenart der deutschen Länder, eine ganze Reihe von kulturellen Zentralen besitzen. Der Rundfunk als Ausdruck der Volkskultur mußte weitgehend regionalen Einflüssen zugänglich gemacht werden; halb wurde von einem einzigen Reichsender von vornherein abgesehen, und in allen Teilen des Reiches entstanden eigene Gesellschaften. In Berlin, Leipzig, München, Frankfurt am Main, Hamburg, Stuttgart, Breslau, Königsberg, Münster, Königsberg als Ergänzung trat später die „Deutsche Welle“, Königsberg als Ergänzung trat später die „Deutsche Welle“, Königsberg als Ergänzung trat später die „Deutsche Welle“.

Im Vergleich zu den übrigen Rundfunkländern steht Deutschland bisher mit seiner Organisation vorbildlich da. Der Staat hat sowohl künstlerisch wie organisatorisch in den meisten Sendern wohlwollend gewirkt. Man braucht nur diese Länder zu betrachten, um diese Tatsache würdigen zu können: in Amerika ist der Betrieb der Sender den privaten, in England die Industrieunternehmen freigegeben. In Frankreich, wo der Senderbetrieb anfangs jeder behördlichen Aufsicht entbehrte, wurden die privaten Gesellschaften erst vor kurzem unter der Aufsicht des „Institut national“ übernommen; von 60 Francs (= 7,20 Mark), die der Hörer jährlich zu zahlen hat, behält das „Institut“ 90 Prozent, den Rest erhält die mit der Aufsicht beauftragte Postverwaltung. In Frankreich leben vierzehn rein private Rundfunkgesellschaften; es fehlt aber an einer zufriedenstellenden gesetzlichen Regelung. Gegenüber werden nicht erhoben, die Gesellschaften sind auf die Aufwendungen angewiesen, und Frankreich hat im Vergleich auch nur eine halbe Million Hörer. In England, wo selbstverständlich der Minister für die Angelegenheiten zuständig ist, denkt man jetzt daran, die bisher nur für Wellenlängen über 2000 Meter genehmigten Sender in postalische Verwaltung zu nehmen.

Das englische Rundfunkgesetz ist dem deutschen am nächsten. Die „British Broadcasting Corporation“ ist 1926 als staatliche Organisation aus der Sendergesellschaft der Funkgesellschaft hervorgegangen. Es werden über 20 Sender betrieben, die Gebühre beträgt 10 Schilling (gleich 8 Mark) jährlich, die Postverwaltung erhält das Schabamt. England hat 3,7 Millionen Hörer, also prozentual mehr als Deutschland. In Italien ist der Rundfunk ein ausschlaggebendes und streng kontrollierendes Element des Staates; auf die Rundfunkgesellschaften durch vier Regierungsvertreter im Verwaltungsrat geschieht. Am weitesten sind die Funkverhältnisse in Holland und dort es der Wasserbauminister, der sich um die Funkverhältnisse kümmert. Er erteilt öffentlichen Gesellschaften die Sendelizenzen; ein einziger Sender, Hilversum und Huisen, werden für bestimmte Tage und Zeiten vermietet; an die sozialdemokratischen, katholischen, protestantischen Hörervereine, von denen es fünf gibt, und eine Reihe kleinerer gibt. Der kleinste dieser Vereine, die „Niederlande“, trägt als Hörergebühr gilt, Sender - da die Rundfunkbeiträge der Mitglieder vor sind - ganze monatliche Beiträge von 100 Centen.

weitere Sender werden durch große Gewerkschaftsverbände, denen die Sendelizenzen erteilt werden kann, betrieben.

In keinem anderen Land der Welt bestehen also Funkverhältnisse, wie sie durch den neuen Plan der Reichsregierung geschaffen werden sollen. Die augenblicklichen Verhältnisse Deutschlands haben zweifellos das Verdienst, die ungeheuren propagandistischen Möglichkeiten der modernsten technischen Erfindung erkannt und praktisch erprobt zu haben; das Wort: „Wer den Rundfunk hat, hat die Macht“, wird von Tag zu Tag aktueller. Aber die Männer im Reichsinnenministerium, das anstelle des Postministeriums in Zukunft das gesamte Funkwesen leiten soll, dürften eine Kleinigkeit übersehen haben - das nämlich zum Sender auch der Hörer beiträgt wird; nicht nur in seiner Eigenschaft als Objekt parteipolitischer Sendungen, sondern auch als zahlender Konsument. Genau betrachtet ist es also der Hörer, der die Macht in Händen hält, indem er all die schönen Pläne einfach durch Abmeldung seines Apparates zu nichts machen kann, wenn die Verantwortlichen den Kardinalfehler begehen, ihn zu provozieren oder gar zu langweilen.

Glückliche Heimkehr!

Am Montag nachmittag gegen 5 Uhr landete auf dem Flugplatz Berlin-Tempelhof die Ostasiensiegerin Marga von Eghor. Die Pilotin war 11 Monate mit ihrem Flugzeug im



Das ist unser Gruß, hochgerichtet die Faust gegen Terror und Reaktion!

Das ist unser Symbol, die 3 Freiheitspfeile!

Jede Genossin trägt unser Abzeichen!

Jede Genossin grüßt mit unserem Freiheitsgruß!

fernen Osten. Die Rückkehr von Siam nach Europa erfolgte mit einer holländischen Maschine. Die Rückreise dauerte 8 Tage.

Auf dem Flughafen Tempelhof wurde Marga von Eghor von Tausenden begrüßt. Eine Fülle von Blumen, das Kreuzfeuer der Pressephotographen und Filmoperatoren, der erste Ansturm der Interviewer, alles was fügte sich zu dem bei den Berliner Fliegerempfangen sehr schon üblichen bunten, bewegten Bild, wie es bereits nach wenigen Stunden in den Lichtspieltheatern reproduziert erscheint.

Über ihre Erlebnisse äußerte sich die Fliegerin in begeisterten Worten: in Tokio sei sie „wie eine Königin“ empfangen worden; die Schulkinder hätten sie mit kleinen deutschen Flaggen begrüßt; ebenso wäre die Aufnahme in Japan sehr herzlich gewesen. Sie hatte aber auch viel Böses gesehen: Krieg, Revolution und Bomben. Bei dem Absturz, den sie in Siam erlitt, hätte sie sich das Rückgrat verletzt und einige Hautabschürfungen davongetragen.

Den Interviews folgten die offiziellen Begrüßungen. Es dauerte lange, bis sich der Flugplatz leerte und wieder sein abendliches normales Verkehrsgepränge zeigte.

Schwere Anwitter über Italien

Regen, Hagel und Gewitter haben in vielen Gegenden Italiens schweren Schaden angerichtet. Bei Pisa haben die Regengüsse die Dämme mehrerer Eisenbahnlinien unterspült, so daß der Verkehr unterbrochen werden mußte. Die Flüsse führen Hochwasser. Bei Trient sind zwei Brücken fortgerissen worden. In den Abruzzen und den Marken hat ein schwerer Hagelschlag in den Obst-, Wein- und Getreidebeständen großen Schaden angerichtet.

Am Hochalter abgefaßt

Zwei Münzberger Kaufleute stürzten am Sonntag bei einer Besichtigung des schwierigen Nordwand des Hochalters von der Scharten Spitze ab. Sie waren sofort tot. Heute vormittag ist eine Bergungsexpedition abgegangen.

Polizeibeamter wegen Mißhandlung sofort entlassen

Polizeioberwachmeister Fritsche wurde gestern durch eine Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten mit sofortiger Amtsenthebung bestraft. Fritsche war bereits seine Stellung wegen Untauglichkeit zum 10. August gekündigt worden. Er hat einen Zwangsgeheißten mißhandelt und auch einen Schutz auf ihn abgegeben, der glücklicherweise sein Ziel verfehlte.

Sprengstoffbeschlagnahme in Bernau

In einer Wohnlaube in Bernau beschlagnahmte die Polizei sechs Pfund Ammonit, einen gefährlichen Sprengstoff. Eineinhalb Pfund waren bereits zu Sprengungen vorbereitet, mit Zündschnur und Sprengkapseln versehen. Der aus Berlin stammende Sohn des Wohnlaubenbesizers wurde verhaftet.

Kartoffelfäfer

In Weinböhla bei Dresden ist der gefürchtete, seit 1914 nicht mehr in Deutschland beobachtete Colorado-Käfer (Kartoffelfäfer) aufgetreten. Die „Biologische Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft“ empfiehlt als Vertilgungsmittel Koh-Benzol.

Drei Personen beim Baden ertranken

Vor den Augen zahlreicher Badender spielte sich in Prag eine Tragödie ab, die drei Menschenleben forderte. Die 23 Jahre alte Gattin eines Geschäftsführers geriet beim Baden in der Moldau in eine Untiefe. Ihr Gatte eilte ihr zu Hilfe, ging aber gleichfalls unter und verank. Ein dritter, dem Ehepaar zu Hilfe kommender Mann ertrank ebenfalls. Erst nach längerer Zeit wurden die drei Leichen geborgen.

Der Alkohol

In Dortmund-Barop wurde ein Oberlandjäger von mehreren Personen überfallen, entwaffnet und durch mehrere Schüsse mit seiner eigenen Dienstwaffe schwer verletzt. Als Täter wurden fünf Erwerbslose verhaftet, die nach reichlichem Genuß von Alkohol, den sie sich durch Einbruch verschafft hatten, die Autos auf der Straße anhielten und deshalb von dem Oberlandjäger zur Angabe ihrer Personalien aufgefordert worden waren.

Mit dem Rind auf der Anlegebank

Der Prozeß gegen den Versicherungsswindler Durant und seine Geliebte Gautier, die in Algier unter dem Namen Durant eine Strohpuppe beerbtigt und sich eine Versicherungsprämie in Höhe von 150 000 Francs auszahlen ließen, kam es am Montag in der Berufungsinstanz vor dem Honorar Appellationsgericht zur Verhandlung. Das Gericht ermäßigte die Strafe um je ein Jahr. Durant hat damit drei, seine Geliebte ein Jahr Gefängnis abzusitzen. Das Gericht hatte sich durch den Anblick des Kindes, das die Angeklagte vor einem Monat im Gefängnis zur Welt brachte, und in ihren Armen hielt, erweichen lassen.

Schwere Dynamitexplosion in Transvaal

Bei einer schweren Dynamitexplosion wurden in der Nähe von Raqaasi (Transvaal) acht Personen getötet. 312 Tonnen Dynamit, die mit der Eisenbahn von „Goldbrand“ befördert wurden, entzündeten sich aus bisher noch unbekannter Ursache. Die fürchterliche Detonation wurde in meilenweitem Umkreis gespürt. Die 34 Wagon des Güterzuges wurden aus den Gleisen geworfen. Wie durch ein Wunder blieb die Maschine unbeschädigt. Mit fürchterlicher Gewalt riß die Explosion einen 15 Fuß tiefen und 300 Meter langen Graben in die Erde.

Holländung deutscher Ballonfahrer

Bei Hollawitz unweit von Prag mußte am Sonntag nachmittag der Ballon „Lachbommes“ aus Genuß mit zwei Insassen notlanden. Die Ballonfahrer wurden nach Hinterlegung einer Geldsumme für angerichteten Flurhaden auf freien Fuß gesetzt.

Nazis und Osthilfekorruption

Hg. Uecker-Plinken und die Hakenkreuz-Carola von Wesselowen

Eine Ueberprüfung der sich häufenden Fälle über Mißbrauch der Osthilfe ergibt, daß gerade Rittergutsbesitzer, die der Nationalsozialistischen Partei angehören und für diese in ihren Bezirken die Werbetrommel rühren, in beispiellose Korruptions-Skandale verwickelt sind. Jeder dieser Skandale wiegt hundertmal z. B. den Skandal auf. Man schimpft auf das System, schreit aber nicht, die Republik nach Straß und Fäden zu betrügen. Die Allgemeinheit hat zu zahlen und, was das schlimmste ist, die häuerlichen Betriebe, die durch die Osthilfe gerettet werden sollen, warten vergebens auf Hilfe und sind dem Untergang ausgeliefert. Dafür nur ein paar Fälle.

Parteilgenosse der Nationalsozialisten ist auch der Rittergutsbesitzer Uecker-Plinken. Man kann schon sagen, daß es sich um einen prominenten Nazi handelt. Auch sein Sohn (Landwirtschaftskammermitglied) gehört der Nationalsozialistischen Partei an. 1931 verfügte Uecker-Plinken über ein realisiertes Vermögen, das zur Zeit auf ungefähr 1/2 Millionen Mark geschätzt wird. Trotzdem erfolgte im Frühjahr 1928 eine Umschuldung in Höhe von rund 80 000 Mark. Der billige Staatskredit war als Zinsgeschäft annehmend zu verlockend. Es ist ein Skandal sondergleichen, daß trotzdem die Herabgabe dieser völlig unnötigen Umschuldungshypothek erfolgte. Auch ein anderes Landwirtschaftskammermitglied, der Rittergutsbesitzer Bengüld-Kenapppöhnen, Kreis Jüterburg, hat sich von dem „verruhten System“ mit über 100 000 Mark unter die Arme greifen lassen.

Am tollsten ist aber der Fall der Rittergutsbesitzerin Carola Köpfer aus Wesselowen

Kreis Diehls, die eingetragene Mitglied der NSDAP ist. Diese Marzell verlor es, als „Borch“ auf eine Umschuldungshypothek öffentliche Gelder in Höhe von rund 400 000 Mark auf ihrem Namen vom 1928 Moskau zu investieren. Die Hypothek konnte infolge eines Formfehlers nicht angesetzt werden. 1931 lösten ihre Beträge zur Versteigerung. Auf Grund des Formfehlers gläubte die Nazi-Carola, den Staat reglementarisch zahlen zu lassen, und es ist ihr unter der „neuen orientierten“ NSDAP auch bereits gelungen, sich ihre persönlichen Ausgaben finanzieren zu lassen. Außerdem ließ sie ihren Betrieb sogar veräußern. Zum Dank für die mit Arbeitergehilfen bezahlte Reichshilfe erklärte sie aber, daß Arbeiter, die nicht der NSDAP angehören, aus ihrem Betrieb fliegen.

Der Rittergutsbesitzer Rahn auf Stobbenorth im Kreise Diehls

erhielt im August 1928 eine Umschuldungshypothek im Betrage von 85 000 Mark. Schon im Dezember war das Geld verloren und das Geld gelangte zur Versteigerung. Andere konnten sich etwas länger halten, wie der Graf v. Kainz-Kilgis, der für seinen 5000 Morgen großen Betrieb im Kreise Preußisch-Eulau rund 200 000 Mark öffentliche Sanierungsgelder erhielt, dazu noch einiges aus dem Betriebsunterhaltungsfonds. Nach 2 1/2 Jahren war es auch hier mit der Herrlichkeit aus. Der Verlust an Hypotheken und Zuschüssen einschließlich der nichtgezählten Zinsen erreichte die Summe von 220 000 Mark.

Die Landwirtschaft mußte den Betrieb übernehmen, da sich auf Grund des völlig verlotterten Wirtschaftszustandes kein anderer Käufer mehr finden ließ

Auch ein Herr v. Brangel im Kreise Gerbaben

erhielt 1928 eine Umschuldungshypothek von über 300 000 Mark für seinen 3000 Morgen großen Betrieb Waldburg und dazu noch aus dem Betriebsunterhaltungsfonds einen Zuschuß von rund 20 000 Mark. Nicht lange nach der Umschuldung erfolgte auch hier die Versteigerung. Der Verlust an diesem sanitierten „Betriebe“ beläuft sich auf rund 250 000 Mark. Rahn auch hier ein völliger Ausfall der vom Staat zur Verfügung gestellten Mittel. Jetzt plötzlich soll der Betrieb als „Siedlungsfähiges Objekt“ von einer Siedlungsgesellschaft verwertet werden. Es mußten also erst Unsummen einem Hakenkreuzlerischen Junker nachgeschmissen werden, ehe man die einzig vernünftige Sanierung, und zwar durch Siedlung, vornahm.

Dies ist nur eine Auswahl der ostelbischen Korruptionsjampfbüchlein. Allein in der Provinz Ostpreußen sind von den, unter dem Protektorat der Kreditausschüsse an 70 Betriebe, die eine Durchschnittsgröße von 1000 Morgen haben, ausbezogenen Umschuldungskrediten 1/2 Millionen innerhalb eines Jahres und 3/2 Millionen innerhalb 2 1/2 Jahren nach der erfolgten Umschuldung restlos verloren gewesen. Dabei sind noch gar nicht die Mittel berücksichtigt, die diese Betriebe außer den Hypotheken zur Betriebserhaltung als verlorenen Zuschüsse erhalten haben. Es ist daher kein Wunder, daß die ungeheuren Mittel, die aus den Steuererlösen nach Ostpreußen zur Subventionierung der Landwirtschaft geflossen sind, die Lage der ostpreussischen Landwirtschaft nicht bessern können, wenn sie in einer derart schamlosen Weise nur zur Bereicherung bankrotter Großgrundbesitzer verwendet werden.

Hammerfahrten

treten heut abend 19,30 Uhr im Rundgang der Jahrhunderthalle (Nord) vollzählig an Fahnen ebendort

Der Kampf des Landbundes gegen die Zinsnechtschaft

Der Schlesische Landbund fordert 10 Prozent Verzugszinsen für rückständige Beiträge

Der Reichslandbund und die einzelnen Kreislandbünde fordern von der Regierung immer wieder die Senkung der Zinsätze. Die Nationalsozialisten, die in den Landbünden die Mehrheit haben, setzen sich in ihrem Programm sogar für die Beseitigung der Zinslast ein.

Das hinderte den Schlesischen Landbund nicht, in seinem gleichnamigen Organ, Nr. 25, Jahrgang 1932, in der Beilage „Mitteilungen der Kreislandbünde“ unter der Überschrift: „Kreislandbund Goldberg-Haynau: Beitragszahlung“ wörtlich folgendes zu schreiben:

„Diejenigen Mitglieder, die bis zum 1. Juli nicht restlos ihre Landbundesbeiträge an die Geschäftsstelle gezahlt haben, müssen für Beiträge, die nach dem 1. Juli gezahlt werden, 10 Prozent Verzugszinsen an die Kasse des Landbundes zahlen.“

Der Schlesische Landbund offenbart mit dieser Erklärung eine Logik besonderer Art. Von der Regierung verlangt er Senkung beziehungsweise Beseitigung der

Zinsen. Wenn es aber um seine eigene Kasse geht, macht er es nicht unter 10 Prozent Zinsen. Er verlangt sie von denselben Landwirten, von denen fast in jeder Nummer des „Schlesischen Landbund“ zu lesen steht, daß sie am Ende ihrer wirtschaftlichen Kraft seien und Mühe hätten, die unbedingt notwendigen Zahlungen leisten zu können.

Landvolk! Erkenne das wahre Wesen der Landbundesbewegung und helfe mit, die Abwehrfront gegen diese Bewegung zu stärken.

Industrie- und Handelstag gegen den Ansturm der Autarkie

Der Deutsche Industrie- und Handelstag kommt hinsichtlich der Konferenz von Ottawa zu dem Schluss, daß es verhängnisvoll wäre, wenn Deutschland, ehe die Ergebnisse der Verhandlungen von Ottawa vorliegen, eine grundsätzliche Wendung in seiner Handelspolitik vornehme. Damit warnt der Industrie- und Handelstag, wie er ausdrücklich betont, vor der Verwirklichung von Autarkieprojekten in Deutschland. Deutschland sei, so wird weiter ausgeführt, hinsichtlich der Mehrarbeit auf die Ausfuhr angewiesen. Im Jahre 1931 hätten 3,5 Millionen Menschen in Deutschland von der Mehrarbeit gelebt. Es sei auch unrichtig, daß die Autarkie eine Arbeitsbeschäftigungspolitik größeren Umfangs bedeute. Bei der Abschließung der Autarkie handle es sich um das Arbeitschicksal von Millionen deutscher Menschen, um die Erhaltung alles dessen, was in unendlich mühevoller Arbeit vor dem Kriege nach dem Kriege aufgebaut und erreicht wurde.

Reichsbankausweis im Juli

Die Reichsbank weist für die zweite Juliwoch einen größeren Einbruch in die Währungsreserve auf. Der Verlust an Gold und Devisen wird mit 83,8 Millionen Mark angegeben, womit die Währungsreserve auf 891,7 Millionen Mark geschwächt wird. Im einzelnen haben die Goldbestände um 52 Millionen Mark auf 754,1 Millionen Mark nachgegeben und die Bestände an Devisenberufen um 1,3 Millionen Mark auf 137,5 Millionen Mark. Die Reichsbank erklärt die Bewegung damit, daß das Reich eine Teilrückzahlung auf den amerikanischen Ueberbrückungskredit bei Lee, Higginson & Co. zu leisten hatte. In der Kreditgewährung hat sich eine normale Entlastung vollzogen. Der von der Reichsbank gewährte Kredit verringerte sich um 124,8 Millionen auf 497,8 Millionen.

Die Deckung der Noten durch Gold und bedienungsfähige Devisen wird mit 23,5 Prozent angegeben gegenüber 24,4 Prozent in der Vorwoche.

Einigung in der Schuhindustrie

In der Schuhindustrie wurde der Tarifstreik wieder hergestellt. Die Schlichtungsverhandlungen führten zu einer Vereinbarung, wonach die seit herige Lohnregelung mit rückwirkender Geltung ab 1. Juli wieder in Kraft gesetzt wird. Für die Arbeiter, die ab 14. Juli ihre Ferien antreten, wird die Ferienvergütung in der Weise herabgesetzt, daß sie statt der tariflich vorgesehene 48 Stunden eine Vergütung nur für 36 Stunden erhalten. Zur besseren Bekämpfung der Sparzwangswirtschaft wurden in den Reichstatarifverträgen einige Forderungen aufgenommen.

Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!

Was wird aus der Hauszinssteuer?

Im übereilten Tempo werden Rechtsverordnungen erlassen. Den Hauswirten ist die Abführung der Hauszinssteuer in bestimmten Verhältnissen zur Gesamtsumme möglich. In wenigen Jahren soll die Leistung aus der Hauszinssteuer an den Staat völlig aufhören und dem Hauswirt die Rückzahlung der vollen Miete zufallen. In Preußen ist eine Neuregelung der Hauszinssteueranforderungen eingeleitet, weil die Preussische Regierung, welche von der Papen-Regierung nicht die ausbedungenen 100 Millionen erhielt, einen Weg finden mußte, um den Haushalts in Ordnung zu bringen. So ist denn in Preußen der Sonderzustand vorhanden, der eine Stundung und Rückzahlung der Hauszinssteuer ab 1. Juli 1932 unmöglich machen sollte. Um einen Ausgleich zu schaffen, stellt Preußen den Besitzverhältnissen ein größere Summe zur Verfügung, welche aus dem Hauszinssteuerentwurf stammt, mit der Maßgabe, daß diese Mittel als Mietsbeihilfen bedürftigen Mietern zugewandt werden sollen. Die Neuregelung will gewiß das Beste. Denn nunmehr ist auch möglich, denjenigen Mietern eine Mietsbeihilfe zu gewähren, denen keine Hauszinssteuer gebührt und abbezahlt werden konnte, weil sie in Wohnverhältnissen leben, welche einer Mietsbeihilfe haben als Wohnverhältnisse. Soweit, so gut. Inwiefern ist aber eine allgemeine Unklarheit in den Kreisen der Hausbesitzer und Mieter ausgebrochen. Ganz begründet, kein Mensch weiß, was eigentlich los ist. Die erforderlichen Ausführungsverordnungen sind noch nicht erlassen worden. Die Preussische Regierung hat sich daher veranlaßt, in den letzten Tagen zu versichern, daß für den Monat Juli nochmals von den Hauswirten die Hauszinssteuer in alter Weise gebundet werden dürfe. Doch muß diese Steuer nachgezahlt werden, wenn der Mieter keine zum Ausgleich dienende Mietsbeihilfe vom Vermieter bewilligt wird. In besonderen Fällen kann der Hauswirt für den Monat Juli gegenüber dem Mieter sogar nochmals die Mietsbeihilfe fordern. Dem Hauswirt selbst wird die Zulassung der Steuer wieder gebietet, weil er ja im Juli nicht von Mieter einziehen konnte. Und für die Mieter ist wiederum die Möglichkeit für den Mieter möglich, jedoch kann dann keine Niederzahlung erfolgen, bei Verlegung einer Mietsbeihilfe, so daß unter allen Umständen der Mieter diese Steuer zahlen muß. Doch ist dem Hauswirt nicht mehr möglich, für den Fall, daß er die Hauszinssteuer von seinen Mietern nicht betreiben kann, eine Niederzahlung zu erzielen. Doch muß er vorher den Mieter ver-

klagt und ergebnislos geblieben haben. Hier liegt fäherlich eine große Härte für Hauswirt und Mieter. Es sollte diese Bestimmung wieder gestrichen und die frühere Lage herbeigeführt werden.

Soweit das Verhältnis zwischen Hauswirt und Mieter. Jeder Mieter muß daher jetzt die Hauszinssteuer spätestens vom 1. August 1932 ab an den Hauswirt entrichten, der sie seinerseits an die Steuerbehörde abzuführen hat. Allerdings besteht noch immer der Zustand, daß dem Hauswirte, wenn er selbst bedürftig ist, die gesamte einkommenslose Hauszinssteuer belassen werden kann. Früher führte das zu leider wenig bekannten nichts Besonderen aber höchlichen Zuständen. Personen, denen die Hauszinssteuer bislang gebührt wurde, mußten dann, obwohl sie ärmer als der Hauswirt waren, die Hauszinssteuer wieder bezahlen. Wird heute dem Hauswirte die gesamte Hauszinssteuer umgehoben, dann hat dieser bedürftige Mieter wenigstens die Möglichkeit, eine Mietsbeihilfe zu erhalten.

Was wird aber nur mit der Mietsbeihilfe? Diese Frage stellen sich die Betroffenen. Die einen in der Hoffnung, als Reichsbankrentner, was endlich etwas zu erhalten, während in der Form der Mietsbeihilfe nur zu erhalten, als ihnen früher in der Hauszinssteuer selber wurde. Manche mit dem Gefühl, daß nach zu erwartenden Bestimmungen überhaupt nicht mehr auf eine Beihilfe zu rechnen ist. Die Preussische Regierung hat daher erklärt, daß sie nicht daran denkt, einen bestimmten Einkommensgrenze zu setzen, sondern von 200 bis 300 Mark jährlich gesprochen, zur Verbedingung zu machen. Es müsse jeder einzelne Fall geprüft und von einem vorbestimmten Merkmal die Bewilligung einer Beihilfe abhängig gemacht werden.

In den größten Schwierigkeiten befinden sich zurzeit die Einkommenslosen, weil sie durch die Neuregelung der Arbeitslosenversicherung aufgehoben wurden. Sie müssen ja für viele Millionen von Arbeitslosen bis zum 23. Juli die Bedürftigkeit prüfen, da sonst den Betroffenen keine Unterstützung gezahlt werden kann. Man muß auch für einen noch größeren Personenkreis die Bedürftigkeit zur Mietsbeihilfe festgestellt werden. Hoffentlich werden die Betroffenen noch rechtzeitig erledigt werden, damit bei Zahlung der Mieten keine peinlichen Verhältnisse entstehen.